Protokoll über die Sitzung des Rates

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 13.12.2023
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 20:43 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal 128

Anwesend:

Bürgermeisterin

Frau Dr. Henrike Voet

Allg. Vertreter der Bürgermeisterin

Herr Gert Kühling

Ratsvorsitzender

Herr Norbert Bockstette

Ratsmitglieder

Herr Tobias Beckhelling

Herr Evren Demirkol

Frau Manuela Deux

Herr Christian Fischer

Herr Tobias Hermes

Herr Norbert Hinzke

Herr Eckhard Knospe

Frau Stefanie Kröger

Herr Fabio Maier

Herr Torsten Mennewisch

ab TOP 4.1.2

Herr Christian Meyer

Herr Dr. Lutz Neubauer

Frau Nadine Nuxoll

Herr Moritz Ovelgönne

Herr Franziskus Pohlmann

Herr Andreas Pund

Herr Clemens-August Röchte

Herr Konrad Rohe

Herr Frank Rottinghaus

Herr Paul Sandmann

Herr Thomas Schlarmann

Frau Elsbeth Schlärmann

Herr Walter Sieveke

Frau Brigitte Theilen

Frau Henrike Theilen

Herr Stefan Thierbach

Frau Anja Thoben

Herr Julian Tillesch

Herr Peter Willenborg

Frau Ünzile Yilmaz

Herr Ulrich Zerhusen

Verwaltung

Herr Ralf Blömer

Herr Jannis Niehaus

Herr Matthias Reinkober

Herr Hermann Theder

Herr Sebastian Wolke

Abwesend:

Ratsmitglieder

Frau Margarete Godde

Herr Jürgen Tönnies

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Rebecca Fischer

Tagesordnung:**Öffentlich**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 11.10.2023
3. Bericht der Bürgermeisterin über Verwaltungs- und kommunalpolitische Angelegenheiten
4. Beschlussvorlagen des Verwaltungsausschusses
 - 4.1. Vorschläge des Verwaltungsausschusses
 - 4.1.1. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Lohne (Oldenburg)
Vorlage: 10/029/2023
 - 4.1.2. Neufassung der Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss und die Ratsausschüsse der Stadt Lohne (Oldenburg)
Vorlage: 10/030/2023
 - 4.1.3. Verzicht auf die Aufstellung eines konsolidierten Gesamtabschlusses für die Jahre ab 2012 bis 2020
Vorlage: 20/048/2023
 - 4.1.4. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Jahres 2018
Vorlage: 20/049/2023
 - 4.1.5. Jahresabschluss der Stadt Lohne für das Jahr 2018: Entlastungserteilung / Verwendung des Jahresergebnisses
Vorlage: 20/050/2023
 - 4.1.6. 30. Änderung des Flächennutzungsplans '80 der Stadt Lohne und Bebauungsplan Nr. 102 für den Bereich Wicheler Flur / Brägeler Pickerweg mit örtlichen Bauvorschriften
Beitritt zur Maßgabe des Landkreises Vechta
Vorlage: 61/043/2023
 - 4.2. Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Bau und Stadtentwicklung
 - 4.2.1. Neufassung der Förderrichtlinie der Stadt Lohne für Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen im Sanierungsgebiet "Lohne - Innenstadt" (Modernisierungsrichtlinie)
Vorlage: 60/026/2023
 - 4.2.2. Bebauungsplan Nr. 12/XII für den Bereich zwischen "Rixheimer Platz, Kirchplatz, Kirchweg, Brinkstraße und Bachstraße";
 - a) Beratung der während der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragenen Anregungen
 - b) Satzungsbeschluss
Vorlage: 61/037/2023

- 4.3. Empfehlungen des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Wirtschaftsförderung
 - 4.3.1. Zuschussantrag des HGV "Wir Lohner" e. V. auf Erhöhung des laufenden Zuschusses
Vorlage: 20/038/2023
 - 4.3.2. Zuschussantrag der Stiftung Industrie Museum Lohne für die Anschaffung einer Brandmeldeanlage
Vorlage: 20/039/2023
 - 4.3.3. Zuschussantrag des Sportvereins SW Kroge-Ehrendorf - Bau eines Soccerfeldes und einer Calisthenics-Anlage
Vorlage: 20/041/2023
 - 4.3.4. Zuschussantrag des Sportvereins GW Brockdorf - Erneuerung der Flutlichtanlage (LED-Umstellung) auf den Sportplätzen in Brockdorf
Vorlage: 20/035/2023
 - 4.3.5. Zuschussantrag des TuS Blau-Weiss Lohne - Umnutzung einer städtischen Fläche an der Steinfelder Straße zu einer Spielfläche
Vorlage: 20/046/2023
 - 4.3.6. Zuschussantrag der Musikschule Lohne e. V. für die Jahre 2024 - 2026
Vorlage: 20/045/2023
 - 4.3.7. Verlängerung und Anpassung der Richtlinie zur Förderung des Erwerbs von Altbauimmobilien
Vorlage: 23/024/2023
 - 4.3.8. Verlängerung und Anpassung der "Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen für Nachhaltiges Bauen"
Vorlage: 23/026/2023
 - 4.3.9. Erlass einer Hebesatzsatzung für die Grund- und Gewerbesteuer
Vorlage: 20/043/2023
 - Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2024
 - 4.3.10. Vorlage: 20/040/2023
- 4.4. Empfehlungen des Ausschusses für Schule, Digitalisierung, Kultur und Sport
 - 4.4.1. Einrichtung einer Wissenswerkstatt im Landkreis Vechta
Vorlage: AV/001/2023
- 5. Anträge, Anfragen und Anregungen
 - 5.1. Antrag der Fraktion BI ProWald gemäß § 56 NKomVG: Teilnahme an der Auslobung des Bundespreises Stadtgrün 2024
Vorlage: 6/015/2023
- 6. Einwohnerfragestunde

Öffentlich**1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung**

Ratsvorsitzender Bockstette eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Ratsmitglieder ordnungsgemäß unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen wurden. Die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung werden festgestellt.

2. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 11.10.2023**Beratungsverlauf:**

Zum Beratungsgegenstand gibt es keine Wortbeiträge.

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 32, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen: 0

3. Bericht der Bürgermeisterin über Verwaltungs- und kommunalpolitische Angelegenheiten

Bürgermeisterin Dr. Voet stellt den Bericht über Verwaltungs- und kommunalpolitische Angelegenheiten vor und weist darauf hin, dass dieser Bericht sowie der Kurzbericht des Präventionsrates dem Protokoll als Anlage beifügt werden.

4. Beschlussvorlagen des Verwaltungsausschusses**4.1. Vorschläge des Verwaltungsausschusses****4.1.1. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Lohne (Oldenburg)
Vorlage: 10/029/2023****Sachverhalt:**

Zu Beginn der neuen Wahlperiode wurden zunächst keine Änderungen an der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung vorgenommen.

In der konstituierenden Ratssitzung am 03.11.2021 wurde die Fortgeltung der Geschäftsordnung beschlossen, damit der Rat arbeitsfähig bleibt. In der Sitzung wurde bereits angeregt, Änderungen an der Geschäftsordnung zu einem späteren Zeitpunkt vorzunehmen.

Die Hauptsatzung behält ihre Wirksamkeit auch über die Wahlperiode hinweg. Mit Ratsbeschluss vom 12.10.2022 sind orthographische und grammatikalische Änderungen sowie Anpassungen bei der Formatierung in der Hauptsatzung vorgenommen worden. Darüber hinaus wurde inhaltlich die Veröffentlichung von Satzungen, Verordnungen sowie öffentlichen Bekanntmachungen im elektronischen Amtsblatt festgelegt.

Die Fraktionen wurden nun gebeten, Änderungsvorschläge für die Hauptsatzung und Geschäftsordnung einzureichen. In mehreren gemeinsamen Gesprächsterminen mit den Fraktionsvorsitzenden wurden die Änderungsvorschläge der Fraktionen sowie die der Verwaltung vorgestellt, besprochen und diskutiert.

Aus den Ergebnissen wurde verwaltungsseitig ein Änderungsentwurf für die Hauptsatzung sowie für die Geschäftsordnung erstellt. Da die Hauptsatzung bereits angepasst wurde und verwaltungsseitig nur zwei Änderungen vorgeschlagen werden, soll für die Hauptsatzung eine Änderungssatzung erlassen werden.

Vorgesehene Änderungen

§ 58 Abs. 1 Nr. 16 NKomVG sieht vor, dass der Rat für die Übernahme von Bürgschaften, den Abschluss von Gewährverträgen, die Bestellung von Sicherheiten für Dritte sowie diejenigen Rechtsgeschäfte, die den vorgenannten Verpflichtungen oder der Aufnahme von Krediten wirtschaftlich gleichstehen, zuständig ist, es sei denn, dass das Rechtsgeschäft einen in der Hauptsatzung bestimmten Betrag nicht übersteigt oder zu den Rechtsgeschäften der laufenden Verwaltung gehört. Da bislang in der Hauptsatzung kein solcher Betrag aufgeführt ist, empfiehlt es sich, diesen aufzunehmen. Damit diese Regelung überhaupt in der Praxis relevant sein kann, wurde eine Höhe von 50.000 € gewählt. Zu den „wirtschaftlich gleichstehenden Rechtsgeschäften“ gehören nämlich beispielsweise auch der Abschluss von Leasingverträgen mit Eigentumsübergangsoption oder Rückkaufverpflichtungen zu einem höherem als bei dem Kauf vereinbarten Wert.

Nach § 81 Abs. 2 S. 1 NKomVG wählt der Rat in der ersten Sitzung aus den Beigeordneten bis zu drei ehrenamtliche Stellvertreterinnen oder Stellvertreter der Bürgermeisterin. Bislang ist in der Hauptsatzung festgelegt, dass zwei Stellvertreter gewählt werden. Durch diese Regelung wäre es in der konstituierenden Sitzung der nächsten Wahlperiode nicht möglich, direkt drei Stellvertreter zu wählen. Aus diesem Grund soll in der Hauptsatzung entsprechend der gesetzlichen Regelung festgelegt werden, dass bis zu drei Stellvertreter gewählt werden. In der konstituierenden Sitzung der nächsten Wahlperiode ist sodann zunächst durch Beschluss die Anzahl der Stellvertreter festzulegen. Da für diese Wahlperiode bereits zwei Stellvertreter in der konstituierenden Sitzung gewählt wurden, ist das Inkrafttreten dieser Regelung zum Ende der Wahlperiode vorgesehen.

Beratungsverlauf:

Nach Vorstellung des Sachverhalts und der Ergebnisse der Vorberatung durch die Verwaltung teilt ein Ratsmitglied mit, dass die Einrichtung eines Arbeitskreises seitens der Gruppe SPD – Bündnis 90/Die Grünen begrüßt worden sei. Für die Gruppe sei der Arbeitskreis mit den Zielen verbunden worden, moderne und an die aktuellen gesetzlichen Bestimmungen und Bedürfnisse des Rates angepasste Regelungen zu erarbeiten, die auch gleichzeitig den Aspekt der Bürgerfreundlichkeit beinhalten. Im Verlauf der Sitzungen hätten sich jedoch Zweifel ergeben, ob eine erfolgsversprechende Suche nach einer Gesamtlösung auf Augenhöhe stattfinden könne. Lediglich die Gruppe SPD – Bündnis 90/Die Grünen sowie die UBG-Fraktion hätten entsprechende Änderungsvorschläge eingereicht. Von den vielen Änderungsvorschlägen habe letztendlich nur bei wenigen Punkten eine Einigung gefunden werden können. Insbesondere blieben Vorschläge zur Verschiebung der Einwohnerfragestunde an den Anfang der Ratssitzung, die Möglichkeit der Anfertigung von Film- und Tonaufnahmen oder eine verbindliche Regelung der Redeordnung erfolglos. Auch eine einfache Rechtsanpassung über die Erhöhung der Anzahl der stellvertretenden Bürgermeister sei mit der CDU-Fraktion nur mit einem versetzten Inkrafttreten möglich gewesen. Darüber hinaus sei der Verwaltung daran gelegen gewesen, größtmöglichen Entscheidungsspielraum zu behalten, sodass eine Richtlinie mit Wertgrenzen zu Geschäften der laufenden Verwaltung abgelehnt worden sei. Dies vermindere die Kontrollmöglichkeit des Rates. Insgesamt seien

die getroffenen Regelungen sehr konservativ und wenig bürgerfreundlich. Vor diesem Hintergrund erscheine die Bildung von Arbeitskreisen nicht sinnvoll zu sein.

Ein anderes Ratsmitglied teilt mit, dass auch die Fraktion BI ProWald Änderungsvorschläge eingereicht habe. Es sei sich aber gegen den Arbeitskreis mit einer Absprache der Fraktionsspitzen ausgesprochen worden. Durch die Vorgaben der Fraktionsspitzen würde die Freiheit der einzelnen Rats- und Fraktionsmitglieder eingeschränkt werden. Beispielsweise würde sich seitens der CDU-Fraktion fraktionsintern abgestimmt werden und die Mehrheit lege fest, wie es weitergehe. Das Problem sei, dass sobald eine Fraktion die absolute Mehrheit habe, mit einem solchen Verhalten die Abstimmungs- und Diskussionsergebnisse beeinflusst werden. Die Regelung in der Hauptsatzung zur Anzahl der stellvertretenden Bürgermeister sei mit einem Hebel versehen worden, der darauf hindeute, dass die CDU-Fraktion Angst davor habe, dass andere Personen auf einen dieser Posten kommen könnten. Im Hinblick auf den Wandel in den Parteien und die aktuellen Umfragewerte bestehe die Befürchtung, dass möglicherweise die AfD zukünftig einen stellvertretenden Bürgermeister stellen könnte.

Verwaltungsseitig wird erklärt, dass der Arbeitskreis aus Praktikabilitätsgründen gegründet worden sei. In diversen Sitzungen seien kleinteilig die Änderungsvorschläge für die Hauptsatzung und die Geschäftsordnung diskutiert und rechtliche Einschätzungen hierzu gegeben worden. Die Vermutung, dass hinter verschlossenen Türen mit den Fraktionsspitzen etwas vereinbart worden sei, sei nicht richtig. Die Intention des Arbeitskreises sei gewesen, die Änderungsvorschläge gemeinsam ergebnisoffen zu erörtern und möglichst einen Konsens zu finden. Bei den vorliegenden Entwurfsfassungen der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung handele es sich um einen solchen Kompromiss. Ein konstruktives Miteinander und die gemeinsame Erarbeitung sei der richtige Weg. Vor diesem Hintergrund wäre es wünschenswert gewesen, wenn sich die Fraktion BI ProWald im Arbeitskreis eingebracht hätte. Aufgrund des Umfangs der Änderungen sei eine Beratung aller kleinteiligen Punkte im Rat nicht zielführend gewesen und hätte einige Sondersitzungen benötigt. Letztendlich wähle jede Fraktion einen Fraktionsvorsitzenden mit dem Ziel, das Ergebnis eines Meinungsbildungsprozesses einer Fraktion eben in einen solchen Arbeitskreis hinein zu tragen. Insoweit müsse man als Fraktionsmitglied entsprechendes Vertrauen zu seinem jeweiligen Fraktionsvorsitzenden haben.

Ein Ratsmitglied stellt die sich aus der Änderungssatzung ergebenden Änderungen heraus und resümiert das Prozedere im Arbeitskreis. Im Hinblick auf die Änderungsvorschläge der Gruppe SPD – Bündnis 90/Die Grünen und der UBG-Fraktion zum Live-Streaming habe die CDU-Fraktion fraktionsintern intensive Gespräche geführt. Letztendlich sei sich mehrheitlich gegen eine Einführung von Live-Streaming ausgesprochen worden, da Film- und Tonaufnahmen die sachliche Diskussion und Beratung gefährden könnten. Insbesondere wirke sich die mediale Präsenz gegen spontane Redebeiträge aus und schränke die politische Debatte in ihrer Meinungsvielfalt ein. Seitens der CDU-Fraktion sei sich im Hinblick auf eine mögliche Beeinträchtigung der Persönlichkeitsrechte und zum Schutz des Ehrenamts gegen die Einführung einer solchen Regelung zumindest in der laufenden Wahlperiode ausgesprochen. Es werde sich jedoch nicht gänzlich gegen das Thema verschlossen, sodass eine erneute Beratung zu Beginn der nächsten Wahlperiode beabsichtigt sei. Darüber hinaus seien der erhebliche Verwaltungsaufwand sowie die hohen Kosten für die Technik und das Fachpersonal in Verhältnis zu den tatsächlichen Nutzern dieses Angebots zu setzen. Die Einwohnerinnen und Einwohner hätten jederzeit die Möglichkeit, an den öffentlichen Sitzungen des Rates und der Fachausschüsse teilzunehmen und sich im Rahmen der Einwohnerfragestunde einzubringen.

Ein weiteres Ratsmitglied erklärt, dass die Einrichtung eines Arbeitskreises seitens der UBG-Fraktion begrüßt worden sei. Trotz Meinungsverschiedenheiten sei in einigen Punkten ein Konsens gefunden worden. Seitens der Fraktion seien insbesondere die Etablierung von

Live-Streams und die Erweiterung der Einwohnerfragestunde auf alle Angelegenheiten der Kommune vorgeschlagen worden. Da diese Punkte die Wahlkampfthemen der UBG-Fraktion gewesen seien, wurde im Arbeitskreis für die Durchsetzung gekämpft. Auch zukünftig werde sich die Fraktion hierfür einsetzen. Letztendlich gehöre zur Demokratie jedoch auch, Mehrheiten zu respektieren und anzuerkennen.

Beschluss:

Die 1. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Lohne (Oldenburg) wird entsprechend der vorliegenden Entwurfsfassung beschlossen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 23, Nein-Stimmen: 6, Enthaltungen: 3

4.1.2. Neufassung der Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss und die Ratsausschüsse der Stadt Lohne (Oldenburg) Vorlage: 10/030/2023

Sachverhalt:

Zu Beginn der neuen Wahlperiode wurden zunächst keine Änderungen an der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung vorgenommen.

In der konstituierenden Ratssitzung am 03.11.2021 wurde die Fortgeltung der Geschäftsordnung beschlossen, damit der Rat arbeitsfähig bleibt. In der Sitzung wurde bereits angeregt, Änderungen an der Geschäftsordnung zu einem späteren Zeitpunkt vorzunehmen.

Die Hauptsatzung behält ihre Wirksamkeit auch über die Wahlperiode hinweg. Mit Ratsbeschluss vom 12.10.2022 sind orthographische und grammatikalische Änderungen sowie Anpassungen bei der Formatierung in der Hauptsatzung vorgenommen worden. Darüber hinaus wurde inhaltlich die Veröffentlichung von Satzungen, Verordnungen sowie öffentlichen Bekanntmachungen im elektronischen Amtsblatt festgelegt.

Die Fraktionen wurden nun gebeten, Änderungsvorschläge für die Hauptsatzung und Geschäftsordnung einzureichen. In mehreren gemeinsamen Gesprächsterminen mit den Fraktionsvorsitzenden wurden die Änderungsvorschläge der Fraktionen sowie die der Verwaltung vorgestellt, besprochen und diskutiert.

Aus den Ergebnissen wurde verwaltungsseitig ein Änderungsentwurf für die Hauptsatzung sowie für die Geschäftsordnung erstellt. Für die Geschäftsordnung sind inhaltliche, orthographische und grammatikalische Änderungen sowie Anpassungen bei der Formatierung vorgesehen, sodass die Geschäftsordnung neugefasst werden soll. Dazu wurde eine entsprechende Synopse erstellt.

Wesentliche Änderungen

In § 4 wurde der Sitzungsverlauf dahingehend angepasst, wie er auch in der Praxis tatsächlich vorgesehen ist.

In § 5 wurde verdeutlicht, dass der Rat zunächst über die verfahrensmäßige Behandlung eines Antrags entscheidet. In der Praxis handelt es sich dabei oftmals über die Ausschussüberweisung, die Nichtbefassung oder die Zurückstellung. Zur Verdeutlichung wurde eine Regelung eingefügt, wonach im Rahmen der Behandlung eines Antrags kein Anspruch auf eine sachliche und inhaltliche Befassung mit dem Antragsgegenstand besteht.

In § 7 wird klargestellt, dass sich Änderungs- oder Zusatzanträge auf den Beratungsgegenstand beziehen müssen, der auf der Tagesordnung steht und dass der Vorsitzende über die Zulässigkeit der Anträge entscheidet.

In § 10 wurde in Abs. 2 eine Regelung aufgenommen, wonach für die Begründung eines Antrags zunächst dem Antragsteller das Wort erteilt wird. In Abs. 9 wurde eine Regelung eingefügt, wonach der Rat eine Sitzung unterbrechen oder bei einer Sitzungsdauer von mehr drei Stunden bestimmte Tagesordnungspunkte in die nächste Sitzung verschieben kann.

In § 14 wurde zur Verdeutlichung die Abstimmungsreihenfolge der Anträge zusammengefasst. Damit liegt es wie bisher im Ermessen des Vorsitzenden, welcher Antrag weitergehender ist.

In § 16 wurde das Auskunftsrecht nach § 56 NKomVG dem gesetzlichen Wortlaut angepasst. Inhaltlich ergeben sich für den Auskunftsanspruch des Ratsmitglieds keine Änderungen.

In § 23 wurde das Verfahren des gesetzlich vorgesehenen Umlaufverfahrens des Verwaltungsausschusses konkretisiert. Da es sich bei einem Umlaufverfahren meistens um einfach gelagerte Fälle handelt und dadurch die Einberufung zu einer Sondersitzung des Verwaltungsausschusses vermieden werden soll, wurde eine Frist zur Abstimmung von drei Tagen gewählt.

In § 24 wurde zur Verdeutlichung eine Regelung eingefügt, wonach zur Unterstützung der Ratsausschüsse bei deren Vorbereitungstätigkeit und zur Aufbereitung von besonderen Themen Arbeitskreise und Arbeitsgruppen gebildet werden können.

Beratungsverlauf:

Nach Vorstellung des Sachverhalts und der Ergebnisse der Vorberatung durch die Verwaltung stellt ein Ratsmitglied heraus, dass an der Geschäftsordnung zwar viele Änderungen vorgenommen worden seien, diese jedoch nicht zu mehr Demokratie führen würden. Die neue Fassung der Geschäftsordnung sei sogar restriktiver. Beispielsweise habe der Ratsvorsitzende jederzeit die Möglichkeit, Wortbeiträge zu unterbinden und die Bürgermeisterin könne jederzeit auch außerhalb der Redeordnung das Wort ergreifen. Grundsätzlich sei dadurch die Gleichbehandlung bei den Ratsmitgliedern nicht gewahrt.

Ratsvorsitzender Bockstette betont, dass er sein Amt unparteiisch sowie objektiv ausübe und er die Gleichbehandlung aller Ratsmitglieder insbesondere im Hinblick auf die Rededauer sicherstelle. Etwaige Unterstellungen in Richtung des Vorsitzenden oder der Bürgermeisterin seien zu unterlassen.

Bürgermeisterin Dr. Voet stellt nochmals heraus, dass jedes Rats- bzw. Fraktionsmitglied abweichende Ansichten haben könne und etwaige Beeinträchtigungen der Rechte der Ratsmitglieder oder eine Verkürzung der Demokratie nicht vorliegen würden.

Ein Ratsmitglied stellt heraus, dass Besprechungen zwischen Fraktionen abseits von Ratsitzungen nichts Undemokratisches seien, sondern es sich um eine gängige demokratische Verfahrensweise handle. Im Hinblick auf den Redebeitrag über die Redezeitverteilung gebe es auch andere Möglichkeiten, beispielsweise eine Verteilung der Redezeit anhand der Fraktionsstärke (s. Berliner Stunde im Bundestag).

Ein weiteres Ratsmitglied stellt die sich mit der Neufassung der Geschäftsordnung ergebenden Änderungen heraus. Seitens der CDU-Fraktion seien die Änderungen fraktionsintern

intensiv beraten worden. Auch wenn es bei einigen Punkten Meinungsverschiedenheiten gegeben habe, handele es sich im Ergebnis um eine Optimierung.

Ein anderes Ratsmitglied betont, dass es in den Sitzungen des Arbeitskreises konstruktive Diskussionen gegeben habe und Vorwürfe zu etwaigen geheimen Absprachen nicht sachgerecht seien. Darüber hinaus könne man über den Vorschlag zur Verteilung der Redezeit anhand der Fraktionsstärke nachdenken.

Beschluss:

Die Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss und die Ratsausschüsse der Stadt Lohne (Oldenburg) wird entsprechend der vorliegenden Entwurfsfassung beschlossen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 23, Nein-Stimmen: 9, Enthaltungen: 1

4.1.3. Verzicht auf die Aufstellung eines konsolidierten Gesamtabchlusses für die Jahre ab 2012 bis 2020 Vorlage: 20/048/2023

Sachverhalt:

Mit der Einführung des Neuen Kommunalen Rechnungswesens (NKR) führen seit spätestens 2012 alle nds. Kommunen ihre Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung im Rechnungsstil der doppelten Buchführung (§ 110 NKomVG). Die Stadt Lohne hat das NKR zum Jahr 2010 eingeführt.

Die Vorschriften zur kommunalen Haushaltswirtschaft beinhalten neben der Pflicht zur Aufstellung des Jahresabschlusses auch eine Verpflichtung zur Aufstellung eines konsolidierten Gesamtabchlusses. Mit ihm soll das Ziel verfolgt werden, den Gesamtüberblick über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kommunen zu verbessern.

Nach § 128 Abs. 4 S. 1 NKomVG sind mit dem Jahresabschluss der Kommune u.a. folgende Jahresabschlüsse zusammenzufassen (Konsolidierung):

Eigenbetriebe / Eigengesellschaften / Einrichtungen und Unternehmen in privater Rechtsform, an denen die Kommune beteiligt ist / kommunale Anstalten, Stiftungen und Zweckverbände.

Der erste konsolidierte Gesamtabchluss sollte zum 31.12.2012 für das Wirtschaftsjahr 2012 aufgestellt werden, danach gehört er zum jährlichen Jahresabschlussverfahren.

Gemäß § 128 Abs. 4 NKomVG ist die Aufstellung eines konsolidierten Gesamtabchlusses aber nicht erforderlich, wenn die Abschlüsse der Aufgabenträger nach Satz 1 für ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Kommune in ihrer Gesamtheit von untergeordneter Bedeutung sind.

Viele Kommunen haben einen größeren Teil ihrer wirtschaftlichen Betätigung oder ihrer Vermögen und Schulden in Eigenbetriebe oder GmbH's ausgelagert. Hierfür erscheint eine verpflichtende Konsolidierung nachvollziehbar.

Die Stadt Lohne hat nur folgende unerheblichen Minderheitsbeteiligungen (siehe auch den Beteiligungsbericht des jährlichen Haushaltsplans):

Unternehmen	Stammkapital in €	Anteil in % vom Stamm- kapital	gezeichne- te. Anteile in €
1) Gewobau Gesellschaft für Wohnungsbau mbH, Vechta	1.750.000	7,00	122.700
2) Flächenagentur GmbH im Städtequartett Damme, Diepholz, Vechta, Lohne	25.000	25,00	6.250
3) Volksbank Lohne-Dinklage-Steinfeld- Mühlen	17.300.000	-	2.600
4) Kommunale Netzbeteiligung Nordwest GmbH & Co. KG (KNN), Oldenburg	-	-	43.402

Das nds. Innenministerium hat Durchführungshinweise zur Konsolidierung herausgegeben. Nach diesen ist die Konsolidierung bei diesen konkreten Verhältnissen für die Stadt Lohne nicht verpflichtend und erscheint hier auch nicht sinnvoll. Auf die Aufstellung eines konsolidierten Gesamtabchlusses wurde daher seit 2012 verwaltungsseitig verzichtet.

Nach § 179 Abs. 1 NKomVG kann die Kommune durch Beschluss der Vertretung davon absehen, für die Haushaltsjahre bis einschließlich 2020 nach § 128 Abs. 4 einen konsolidierten Gesamtabchluss aufzustellen. Das RPA erwartet aufgrund der Vorschrift eine formelle Beschlussfassung über die Nichtaufstellung eines konsolidierten Gesamtabchlusses durch den Rat.

Beratungsverlauf:

Nach Vorstellung des Sachverhalts und der Ergebnisse der Vorberatung durch die Verwaltung gibt es keine Wortbeiträge.

Beschluss:

Die Stadt Lohne sieht gemäß § 179 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG davon ab, für die Haushaltsjahre von 2012 bis einschließlich 2020 einen konsolidierten Gesamtabchluss nach § 128 Abs. 4 NKomVG aufzustellen.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 31, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen: 2

4.1.4. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Jahres 2018 Vorlage: 20/049/2023

Sachverhalt:

Die Zuordnung von Produkten / Kostenträgern zu einzelnen Budgets erfolgt über die Festsetzungen des Haushaltsplans (2018: Seite 10-18).

Gemäß § 4 Abs. 3 i.V.m. § 19 Abs. 1 und 3 KomHKVO sind die Haushaltsansätze für Aufwendungen und der hierzu gehörenden Auszahlungen einschließlich der Haushaltsreste innerhalb eines Budgets gegenseitig deckungsfähig.

In den Budgets der einzelnen Kostenträger sind folgende Aufwendungen nicht enthalten:

Personalaufwendungen	Aufwandskonten: 40 - 41
Abschreibungen	Aufwandskonten: 47*
Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	Aufwandskonten: 4211 *
Mieten und Pachten	Aufwandskonten: 4231 *
Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	Aufwandskonten: 4241 *

Diese aus den Budgets ausgenommenen Aufwendungen (und dazugehöriger Auszahlungen) wurden gemäß § 19 Abs. 2 KomHKVO jeweils für den Gesamthaushalt für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Im Finanzhaushalt sind die Auszahlungsansätze für Investitionen innerhalb eines Budgets gegenseitig deckungsfähig. Die Zuordnung von Investitions-Nummern zu investiven Budgets erfolgt ebenfalls über die Festsetzungen des Haushaltsplans (2018: Seite 153 ff.).

Für nicht durch Budgets abgedeckte, danach verbleibende überplanmäßige bzw. außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen ist eine Genehmigung notwendig. Bis zu einem Betrag von 10.000 € liegt die Zuständigkeit beim Bürgermeister (§ 6 der Haushaltssatzung 2018 i.V.m. § 117 Abs. 1 S. 2 NKomVG), darüber hinaus beim Rat (§ 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG) .

Eine Übersicht über die Jahresergebnisse 2018 aller gebildeten Budgets ist als Anlage beigefügt.

A) Im Jahr 2018 kam es zu zwei überplanmäßigen Budgetüberschreitungen im laufenden Ergebnis über 10.000 € (nichtinvestiv), für deren Genehmigung der Rat zuständig ist:

BUDGET	Bezeichnung	<u>Ansatz Budget in €</u>	<u>Aufwand 2017 in €</u>	<u>Überschreitung in €</u>
B 3/03	Prävention	16.000	26.974,49	10.974,49
B 6/03	Grünanlagen	203.000	224.894,00	21.894,00

Die Überschreitung beim umfangsmäßig kleinen Budget B 3/03 kam durch zusätzliche Fortbildungsveranstaltungen zustande. Für das Budget B 6/03 waren die HH-Ansätze nicht an die ausgeweitete externe Leistungsvergabe angepasst worden.

B) Im Jahr 2018 kam es zu einer überplanmäßigen Budgetüberschreitung im investiven Bereich, die einer Genehmigung durch den Rat bedarf:

BUDGET	Bezeichnung	Ansatz Budget in €	Aufwand 2017 in €	Überschreitung in €
B 6/03 Inv		171.000	214.434,72	-43.434,72

Die Überschreitung bei diesem Budget resultiert aus dem Kauf von Wertpunkten für Ausgleichsmaßnahmen, die in 2018 fällig wurden und für die nicht genügend hohe Ansätze im Haushaltsplan 2018 bzw. ausreichende Haushaltsreste in 2017 gebildet worden waren.

Die Höhe der Gesamtauszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit betrug im Jahr 2018 52,321 Mio. €. Die o.g. Auszahlungen sind im Verhältnis zum Gesamthaushalt unerheblich i.S.d. § 117 NKomVG. Für sie ist gemäß §§ 58 und 117 NKomVG eine Genehmigung durch den Rat der Stadt Lohne erforderlich. Die überplanmäßigen Auszahlungen waren unvorhergesehen und unabweisbar, ihre Deckung war gewährleistet.

Beratungsverlauf:

Nach Vorstellung des Sachverhalts und der Ergebnisse der Vorberatung durch die Verwaltung erklärt ein Ratsmitglied, dass man dem Grunde nach dem Beschlussvorschlag zustimmen könnte, man sich aufgrund der Sache mit den Werteinheiten jedoch enthalten werde.

Beschluss:

Den im Sachverhalt unter A) und B) dargestellten überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen des Jahres 2018 gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG wird zugestimmt.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 31, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen: 2

4.1.5. Jahresabschluss der Stadt Lohne für das Jahr 2018: Entlastungserteilung / Verwendung des Jahresergebnisses Vorlage: 20/050/2023

Sachverhalt:

Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Vechta hat den Jahresabschluss 2018 der Stadt Lohne geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung erteilt das RPA dem Jahresabschluss 2018 der Stadt Lohne den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

„Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Vechta hat den Jahresabschluss der Stadt Lohne zum. 31.12.2018 geprüft. Zur Prüfung lagen alle Bestandteile des Jahresabschlusses gemäß § 128 Abs. 2 NKomVG vor.

Die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den Vorschriften des NKomVG und der KomHKVO liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Stadt.

Die Aufgabe des Rechnungsprüfungsamtes besteht darin, zu prüfen, ob der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entspricht, und aufgrund der durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss abzugeben.

Die Prüfung des Jahresabschlusses gem. §§ 155, 156 NKomVG wurde unter ergänzender Anwendung des risikoorientierten Prüfungsansatzes in Anlehnung an die vom IDR verabschiedeten Grundsätze vorgenommen. Die Prüfungshandlungen wurden unter Beachtung der Grundsätze der Wesentlichkeit und Wirtschaftlichkeit in Anwendung des § 156 Abs. 1 NKomVG auf den Umfang beschränkt, der nach pflichtgemäßem Ermessen und allgemeinen Erfahrungsgrundsätzen notwendig und angemessen ist, um relevante Sachverhalte beurteilen und die im Rahmen des gesetzlichen Prüfauftrages erforderlichen Feststellungen treffen zu können. Das Rechnungsprüfungsamt ist der Auffassung, dass diese Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für die abzugebende Beurteilung zu dem aufgestellten Jahresabschluss ist.

Aufgrund der vorgenommenen Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Lohne zum 31.12.2018, über deren Ergebnisse dieser Prüfungsbericht in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften informiert, wird bestätigt:

„Nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den sie ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen. Darüber hinaus bestätigen wir, dass

- der Haushaltsplan eingehalten worden ist,
- die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung eingehalten worden sind,
- bei den Erträgen und Aufwendungen sowie bei den Einzahlungen und Auszahlungen des kommunalen Geld- und Vermögensverkehrs nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren worden ist und

sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen enthalten sind und der Jahresabschluss die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Lohne darstellt.“

Auf die Prüfungsfeststellungen der Anlage 1 wird hingewiesen.

Sofern zuvor die Unterrichtung des Rates über die über- und außerplanmäßigen Bewilligungen vorgenommen bzw. für die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen die Entscheidung des Rates eingeholt worden ist, hat das RPA keine Bedenken, dass der Rat der Stadt Lohne über den Jahresabschluss 2018 beschließt sowie dem Bürgermeister für das Haushaltsjahr 2018 die Entlastung erteilt.“

Der Jahresabschluss der Stadt Lohne 2018 weist zusammengefasst folgendes Ergebnis auf:

Ergebnishaushalt:

	Ansätze 2018	Ergebnis 2018	mehr/weniger
	€	€	€
Gesamtsumme			
ordentliche Erträge	48.999.100,00	48.501.645,19	- 497.454,81
./. ordentliche Aufwendungen	46.376.100,00	43.260.718,21	-3.115.381,79
ordentliches Ergebnis	2.623.000,00	5.240.926,98	2.617.926,98
außerordentliche Erträge	1.200.000,00	2.634.780,20	1.434.780,20
./. außerordentliche Aufwendungen	600.000,00	358.583,10	-241.416,90
außerordentliches Ergebnis	600.000,00	2.276.197,10	1.676.197,10

ordentliches Ergebnis	2.623.000,00	5.240.926,98	2.617.926,98
+ außerordentliches Ergebnis	600.000,00	2.276.197,10	1.676.197,10
Jahresergebnis	3.223.000,00	7.517.124,08	4.294.124,08

Der Haushaltsausgleich gemäß § 110 Abs. 4 NKomVG i. V. m. § 24 KomHKVO ist für

- das Ergebnis des ordentlichen Haushalts 2018 mit einem Überschuss von 5.240.926,98 € und
- für das Ergebnis des außerordentlichen Haushalts 2018 mit einem Überschuss von 2.276.197,10 € gegeben.

Überschüsse stehen zur Abdeckung von Fehlbeträgen künftiger Haushaltsjahre zur Verfügung. Um auch in schwierigen Haushaltsjahren den Haushaltsausgleich zu gewährleisten, werden Überschüsse im Regelfall den Rücklagen zugeführt.

Über die Zuführungen zu den Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses entscheidet der Rat (§ 58 Abs. 1 Nr. 10, § 110 Abs. 7 und § 123 Abs. 1 NKomVG).

Nähere Einzelheiten zum Jahresergebnis können dem anliegenden Rechenschaftsbericht und dem Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Vechta entnommen werden.

Beratungsverlauf:

Nach Vorstellung des Sachverhalts und der Ergebnisse der Vorberatung durch die Verwaltung stellt ein Ratsmitglied heraus, dass die Aufholung der Rückstände bei den Jahresabschlüssen erfreulich sei. Grundsätzlich sei der Jahresabschluss gesetzeskonform aufgestellt worden, was das Rechnungsprüfungsamt in dem Prüfbericht auch so bestätige. Daher werde die Gruppe SPD – Bündnis 90/Die Grünen dem Beschlussvorschlag zustimmen. Dennoch gebe es in dem Prüfbericht des RPA auch kritische Anmerkungen und Auffälligkeiten. Zum einen gebe es eine Anmerkung des RPA zu den Kosten für Autowäschen und Fahrradrepaturen der Mitarbeiter und zum anderen wurde herausgestellt, dass Wirtschaftlichkeitsvergleiche und Folgekostenabrechnungen vollumfänglich den zuständigen Gremien zur Entscheidung vorzulegen sind. Dies fordere die SPD-Fraktion bereits seit vielen Jahren.

Ratsvorsitzender Bockstette erklärt, dass Bürgermeisterin Dr. Voet durch den Beschluss zwar nicht selbst direkt betroffen sei, sie jedoch aufgrund ihrer Funktion bei der Abstimmung nicht mitwirken werde.

Beschluss:

1. Gemäß § 129 NKomVG wird der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2018 beschlossen. Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2018 Entlastung erteilt.
2. Die sich aus der Ergebnisrechnung für das Jahr 2018 ergebenden Überschüsse in Höhe von 5.240.926,98 € bzw. 2.276.197,10 € werden den Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen bzw. des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 32, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen: 0

4.1.6. 30. Änderung des Flächennutzungsplans '80 der Stadt Lohne und Bebauungsplan Nr. 102 für den Bereich Wicheler Flur / Brägeler Pickerweg mit örtlichen Bauvorschriften
Beitritt zur Maßgabe des Landkreises Vechta
Vorlage: 61/043/2023

Sachverhalt:

Der Feststellungsbeschluss zur 30. Änderung des Flächennutzungsplans '80 der Stadt Lohne und der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 102 für den Bereich Wicheler Flur / Brägeler Pickerweg mit örtlichen Bauvorschriften wurde vom Stadtrat am 11.12.2019 beschlossen.

Gemäß § 6 Baugesetzbuch (BauGB) wurde die 30. Änderung des Flächennutzungsplans '80 vom Landkreis Vechta mit einer Maßgabe genehmigt:

Maßgabe

In der Begründung ist die Bewertung des Waldes und die Ermittlung des Waldersatzes durch eine fachkundige Person zu ergänzen. Der Waldersatz ist anhand von vorgegebenen Ermittlungs- und Bewertungsverfahren darzulegen. Die geänderte Begründung ist nachträglich als Bestandteil der Flächennutzungsplanänderung zu beschließen.

Auf Grund dieser Maßgabe wurde das „Gutachten zur Ermittlung des Kompensationsbedarfs für die im Zusammenhang mit der Ausweisung und Umsetzung des Bebauungsplanes Nr. 102 der Stadt Lohne erforderliche Umwandlung von zwei Waldflächen in der Gemarkung Lohne, Flur 16, Flurstück 155 tlw. und Flur 18, Flurstück 189/4 tlw. und 194/3 tlw.“ vom 13.10.2023 vom Sachverständigen Privat-Forstrat Michael Weinert erstellt. Dieser stellt in seiner zusammenfassenden Gesamtkalkulation fest, dass die Waldumwandlung im Umfang von 1,1921 ha und 18.108 Punkten durch die berechneten Anteile an den Ersatzaufforstungsflächen I + II + III nicht nur hinsichtlich ihrer Funktion, sondern auch hinsichtlich ihrer Fläche kompensiert wird.

Das bedeutet, dass die bisher von der Stadt Lohne ausgearbeiteten Waldersatzmaßnahmen funktional und flächenmäßig korrekt erfasst und ausgeglichen worden sind. Eine entsprechende Ergänzung wird in die Begründungen zur 30. Änderung des Flächennutzungsplans und zum Bebauungsplan Nr. 102 aufgenommen.

Beratungsverlauf:

Nach Vorstellung des Sachverhalts und der Ergebnisse der Vorberatung durch die Verwaltung stellt ein Ratsmitglied heraus, dass es sich bei dem Beschluss grundsätzlich um eine Formalie handele, es jedoch fraglich sei, warum man zunächst gegen die Einholung eines Gutachtens gewesen sei. Man befinde sich in einer Phase des Wandels und durch die Veränderungen seien solche Gutachten notwendig. Trotz des Ausgleichs sei eine vollständige Kompensation nie möglich.

Ein Ratsmitglied erklärt, dass es verschiedene Meinungen geben könne. Grundsätzlich sei es jedoch erfreulich, wenn im Ergebnis die Arbeit der Verwaltung ausreichend sei, sodass keine externen Gutachten benötigt werden würden. Das Gutachten komme schließlich zum gleichen Ergebnis wie die Verwaltung. Es sei manchmal unumgänglich, dass Waldflächen überplant und dementsprechend kompensiert werden müssten. Daher sei es umso erfreulicher, wenn ein Großteil im Stadtgebiet kompensiert werden könne, da im Endeffekt mehr Waldflächen entstehen würden, als abgeholzt werden.

Ein weiteres Ratsmitglied stimmt den Ausführungen zu den veränderten Bedingungen zu und merkt an, dass der eigentliche Beschluss bereits in der letzten Wahlperiode gefasst worden sei. Da hierdurch eine Diskussion über das Thema schwierig sei, müsse der Beratungsgegenstand ggf. nochmals beraten werden. Es werde daher der Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung in den Ausschuss für Umwelt, Bau und Stadtentwicklung gestellt.

Hierzu teilt ein Ratsmitglied mit, dass es sich mit dem vorliegenden Beschluss um eine reine Formalie handele und daher eine erneute Beratung nicht sinnvoll sei.

Ein anderes Ratsmitglied erklärt, dass es sich vorliegend um eine neue Situation handele und daher der Beschluss nochmal überdacht werden müsse.

Ein weiteres Ratsmitglied erläutert, dass Ziel des Bebauungsplans sei, Flächen für ansässige Unternehmen zu schaffen und das Gutachten dafür nun nachgereicht werden müsse. Grundsätzlich ist allen daran gelegen, Bäume und Wälder zu erhalten. Vorliegend gehe es jedoch auch darum, die Industrie zu erhalten und Arbeitsplätze zu schaffen. Durch die vollständige Kompensation sei es daher sachgerecht, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen. Der Geschäftsordnungsantrag sei dementsprechend abzulehnen.

Es wird zunächst über den Geschäftsordnungsantrag abgestimmt.

Beschluss

Der Beratungsgegenstand wird in den Ausschuss für Umwelt, Bau und Stadtentwicklung verwiesen.

mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 6, Nein-Stimmen: 24, Enthaltungen: 3

Sodann wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Lohne beschließt, die o.a. Maßgabe des Landkreises Vechta zur Genehmigung der 30. Änderung des Flächennutzungsplans '80 beizutreten. Die geänderten Begründungen zur 30. Änderung des Flächennutzungsplans '80 und zum Bebauungsplan Nr. 102 für den Bereich Wicheler Flur / Brägeler Pickerweg mit örtlichen Bauvorschriften werden beschlossen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 25, Nein-Stimmen: 2, Enthaltungen: 6

4.2. Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Bau und Stadtentwicklung

4.2.1. Neufassung der Förderrichtlinie der Stadt Lohne für Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen im Sanierungsgebiet "Lohne - Innenstadt" (Modernisierungsrichtlinie) Vorlage: 60/026/2023

Sachverhalt:

Die Stadt Lohne ist seit 2017 mit dem Sanierungsgebiet „Lohne Innenstadt“ in die Städtebauförderung des Landes Niedersachsen aufgenommen. Damit stehen in den kommenden

Jahren (weiterhin) Städtebauförderungsmittel für investive und investitionsbegleitende Maßnahmen in der Lohner Innenstadt zur Verfügung.

Grundlage für die Förderung mit Städtebaufördermitteln ist die Städtebauförderrichtlinie des Landes Niedersachsen (R-StBauF) in der jeweils gültigen Fassung. Gem. Nr. 5.3.3.1 R-StBauF (Städtebauförderungsrichtlinie) können Fördermittel für Modernisierungs-/Instandsetzungsmaßnahmen an Gebäuden eingesetzt werden. Die Ermittlung des Förderbetrages kann über eine sogenannte Kostenerstattungsbetragsberechnung (KEB) oder eine Pauschale erfolgen. Um private Bauvorhaben über pauschale Fördersätze bezuschussen zu können, bedarf es gem. 5.3.3.1 (5) c) R-StBauF einer kommunalen Modernisierungsrichtlinie.

Die aktuell gültige Modernisierungsrichtlinie wurde erstmals im Dezember 2017 vom Rat der Stadt Lohne beschlossen. Eine Anpassung im Zuge der Überführung des Programms „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ in das neue Programm „Lebendige Zentren“ erfolgte im Dezember 2020.

Am 14.12.2022 ist nun eine geänderte Städtebauförderungsrichtlinie (R-StBauF) durch das nds. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung (MW) beschlossen worden, die Neuerungen zur Förderung von Modernisierung/Instandsetzung enthält. Da die Vorgaben z.T. nicht mehr im Einklang mit der kommunalen Förderrichtlinie stehen, ist eine erneute Anpassung der kommunalen Förderrichtlinie zwingend erforderlich.

Wesentliche Änderungen der neuen Richtlinie sind u.a.:

- Festlegung von (neuen) Förderobergrenzen für pauschale Förderung inkl. jährlicher Dynamisierung
- Änderungen in der Berechnungsmethodik der Kostenerstattungsbetragsberechnung (KEB) als Gesamtertragsberechnung und Entfall der Mehrertragsberechnung
- Kein Einsatz von Städtebaufördermitteln mehr möglich, wenn Wohnraumfördermittel einsetzbar sind
- Einsatz von Städtebaufördermitteln nur, wenn damit wesentliche Missstände beseitigt werden; Teilmodernisierungen nur noch bedingt möglich
- Bedingte Förderung von Außenanlagen und privater Umfeld Gestaltungen

Förderungsfähig bleiben weiterhin nur solche Maßnahmen, die in Übereinstimmung mit den städtebaulichen und baulichen Anforderungen und Zielen zur Erhaltung, Pflege, Instandhaltung und Entwicklung im Fördergebiet stehen.

Städtebauförderung erfolgt grundsätzlich nachrangig nach anderen Fördermöglichkeiten. Es können grundsätzlich nur unrentierliche Kosten gefördert werden.

In den Übergangsbestimmungen der R-StBauF ist in Nr. 8.2 (1) geregelt, dass Nr. 5.3.3.1 Abs. 5 (Modernisierung und Instandsetzung von Gebäuden in Privateigentum) noch bis zum 31.12.2023 in der vorherigen Fassung der R-StBauF Gültigkeit besitzt.

Dementsprechend ist die Modernisierungsrichtlinie der Stadt Lohne spätestens mit Wirkung zum 01.01.2024 anzupassen, um die geänderten Regelungen anwenden zu können.

Neben den rechtlichen Erfordernissen zur Anpassung der kommunalen Förderrichtlinie sollte die Richtlinie zudem auf die wesentlichen Vorgaben des Fördergebers reduziert werden.

Die aktuelle Richtlinie enthält viele Festlegungen, die üblicherweise erst im Rahmen des abzuschließenden Modernisierungsvertrags definiert werden und auch dort erst zu vereinbaren sind. Sie wirft daher für die betroffenen Eigentümerinnen und Eigentümer mehr Fragen auf, als dass Unklarheiten beseitigt werden. Modernisierungswillige werden aufgrund der bürokratischen Hürden abgeschreckt.

Zudem lässt die bisherige Richtlinie weniger Spielraum, um auf individuelle Erfordernisse auch in Abstimmung mit dem Fördergeber reagieren zu können.

So sollten bspw. die bisher als Anlage 2 definierten Inhalte eines Modernisierungsgutachtens eher maßnahmen- und objektspezifisch definiert werden und nicht bereits fest durch die Förderrichtlinie vorgegebenen werden. Auch Form und Inhalt der Antragstellung (Anlage 3 der aktuellen Richtlinie) sollte nicht Gegenstand der Richtlinie sein.

Aus den Erfahrungen vieler anderer Sanierungsmaßnahmen hat sich eine auf die wesentlichen Förderschwerpunkte beschränkte kurzgefasste Richtlinie bewährt.

Auch eine umfassende Richtlinie kann nicht die individuelle Beratung ersetzen, die ohnehin erforderlich ist, um private Fördermaßnahmen umzusetzen.

Es wird daher vorgeschlagen, die Modernisierungsrichtlinie der Stadt Lohne für das Sanierungsgebiet „Innenstadt“ auf die neuen rechtlichen Vorgaben anzupassen und die Förderrichtlinie auf die wesentlichen Vorgaben des Fördergebers gemäß beiliegendem Entwurf zu reduzieren.

Beratungsverlauf:

Nach Vorstellung des Sachverhalts und der Ergebnisse der Vorberatung durch den Ausschussvorsitzenden Maier gibt es keine Wortbeiträge.

Thomas Schlarmann ist bei der Abstimmung nicht anwesend.

Beschluss:

Die Modernisierungsrichtlinie der Stadt Lohne für das Sanierungsgebiet „Innenstadt“ wird gemäß dem beiliegenden Entwurf neu gefasst.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 32, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen: 0

4.2.2. Bebauungsplan Nr. 12/XII für den Bereich zwischen "Rixheimer Platz, Kirchplatz, Kirchweg, Brinkstraße und Bachstraße";
a) Beratung der während der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragenen Anregungen
b) Satzungsbeschluss
Vorlage: 61/037/2023

Sachverhalt:

Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 12/XII für den Bereich zwischen „Rixheimer Platz, Kirchplatz, Kirchweg, Brinkstraße und Bachstraße“ sowie die Begründungen hierzu haben vom 18.09.2023 bis zum 19.10.2023 im Rathaus der Stadt Lohne öffentlich ausgelegt.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden von der Planung informiert und ihnen wurde Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Die Stellungnahmen sind der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügt. Zu den vorgetragenen Stellungnahmen werden nachfolgende Empfehlungen gegeben.

Landkreis Vechta vom 19.10.2023Städtebau

Kenntnisnahme

Umweltschützende Belange

Im städtebaulichen Vertrag mit der Kirche wird geregelt, dass über eine Wertermittlung des zu fällenden Baumes ein Ersatzbaum in hoher Qualität an geeigneter Stelle im Nahbereich des vorhandenen Baumes gepflanzt werden muss.

Denkmalschutz

Kenntnisnahme

Wasserwirtschaft

Kenntnisnahme, die Hinweise werden im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens berücksichtigt.

Löschwasserversorgung

Kenntnisnahme, die Hinweise werden im Zuge der Ausbauplanungen berücksichtigt.

Planentwurf

Ein Hinweis zum § 13-Verfahren wird in die Planzeichnung und in die Begründung aufgenommen.

Der Geltungsbereich wird in die Abbildung des Flächennutzungsplanes eingezeichnet. Die Rechtsgrundlagen und die Planzeichenerklärung werden entsprechend angepasst. Die textliche Festsetzung wird beibehalten. Aufgrund der geringen Plangebietsgröße wird eine Änderung für nicht erforderlich gehalten.

Deutsche Telekom Technik GmbH vom 10.10.2023

Kenntnisnahme, die Hinweise werden im Zuge der Ausbauplanungen berücksichtigt.

EWE NETZ GmbH vom 14.09.2023

Kenntnisnahme, die Hinweise werden im Zuge der Ausbauplanungen berücksichtigt.

Oldenburgisch Ostfriesischer Wasserverband (OOWV) vom 05.10.2023

Kenntnisnahme, die Hinweise werden im Zuge der Ausbauplanungen berücksichtigt. Die Festsetzung eines Geh-, Fahr- und Leitungsrecht wird als nicht erforderlich erachtet, da es sich ausschließlich um Hausanschlüsse handelt.

Die Hinweise zur nachhaltigen Regenwasserbewirtschaftung werden zur Kenntnis genommen. Im Bebauungsplan sind bereits verschiedene Maßnahmen und Festsetzungen zur nachhaltigen Regenwasserbewirtschaftung enthalten.

Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH vom 02.10.2023

Kenntnisnahme, die Hinweise werden im Zuge der Ausbauplanungen berücksichtigt.

Folgende Träger öffentlicher Belange äußerten **keine Bedenken**:

- **Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, 12.09.2023**
- **Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, 19.09.2023**
- **Landkreis Diepholz, 12.09.2023**
- **Landwirtschaftskammer Niedersachsen, 13.09.2023**
- **Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, 25.09.2023**
- **Niedersächsische Landesforsten – Forstamt Ankum, 12.09.2023**
- **Staatliches Gewerbeaufsichtsamt, 13.10.2023**

Beratungsverlauf:

Nach Vorstellung des Sachverhalts und der Ergebnisse der Vorberatung durch den Ausschussvorsitzenden Maier erklärt ein Ratsmitglied, dass das Problem an dem Bebauungsplan der starke Eingriff in die Stadt sei, an dem man nicht richtig beteiligt gewesen sei. Es ergebe auch keinen Sinn, nachträglich das Ganze zu befürworten. Daher könne man dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Paul Sandmann ist bei der Abstimmung nicht anwesend.

Beschluss:

- a) Den Vorschlägen der Verwaltung zur Behandlung der während der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden vorgetragenen Stellungnahmen unter Abwägung der öffentlichen und privaten Belange wird zugestimmt.
- b) Der Bebauungsplan Nr. 12/XII für den Bereich zwischen „Rixheimer Platz, Kirchplatz, Kirchweg, Brinkstraße und Bachstraße“ und die Begründung hierzu werden als Satzung beschlossen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 30, Nein-Stimmen: 2, Enthaltungen: 0

4.3. Empfehlungen des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Wirtschaftsförderung

4.3.1. Zuschussantrag des HGV "Wir Lohner" e. V. auf Erhöhung des laufenden Zuschusses Vorlage: 20/038/2023

Sachverhalt:

Der Handels- und Gewerbeverein WIR Lohner e.V. erhielt aufgrund eines Beschlusses des Verwaltungsausschusses vom Dezember 2019 für den Zeitraum 2019 – 2023 einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 75.000 €.

Mit Antrag vom 30.08.2023 beantragt der HGV eine Erhöhung des städtischen Zuschusses auf 130.000 € jährlich.

Er begründet dies mit der deutlichen Ausweitung seines Aufgabenportfolios und vor allem der Zahl der zu betreuenden Veranstaltungen sowie mit steigenden Kosten für Mieten und Marketingmaßnahmen. Ein steigender Zuschussbedarf ergebe sich sowohl als Folge der zeitintensiven Begleitung des erfolgreichen digitalen Lohner Gutscheins als auch wegen steigender Personalkosten. Für eine weiterhin attraktive Eventgestaltung und eine Ausweitung des Stundenkontingents benötige der HGV eine Ausweitung seines finanziellen Spielraums.

Weitere Informationen gehen aus dem Antragsschreiben sowie einer beigefügten Präsentation hervor.

Zu den vom HGV betreuten Maßnahmen zählt z.B. die Organisation verkaufsoffener Sonntage mit einem Rahmenprogramm sowie die Veranstaltungsreihe „Leben findet InnenStadt“ mit u.a. den Events „Glanz & Gloria Ladiesshopping“, Kneipen-Hopping und After-Work-Partys.

Der HGV benötigt zur Umsetzung seiner Ziele nach eigenen Angaben eine zusätzliche fi-

nanzielle Ausstattung von ca. 70.000 € pro Jahr, von denen 15.000 € durch Mitgliedsbeiträge akquiriert werden sollen. Für die Differenz von 55.000 € beantragt er eine Zuschusserhöhung durch die Stadt Lohne.

Ein aktiver Handels- und Gewerbeverein als erfolgreicher Akteur und Positionsvermittler liegt im Interesse der Stadt Lohne. Die Aufgabe rechtfertigt den Einsatz öffentlicher Zuschüsse. Stadt und HGV stimmen ihr Vorgehen regelmäßig ab.

Die Ausweitung der Aktivitäten und eine Anpassung der Zuschüsse angesichts gestiegener Preise werden seitens der Stadtverwaltung befürwortet. Aus Sicht der Verwaltung kann einer deutlichen Erhöhung des Zuschusses prinzipiell zugestimmt werden. Bis auf die Mehrkosten für Veranstaltungen / Künstler / Spielgeräte ist die Herleitung des Mehrbedarfs auch ohne weiteres nachvollziehbar. Dennoch empfiehlt die Stadt Lohne im Vergleich zu den Vorjahren eine Ausweitung des städtischen Zuschusses auf 120.000 € pro Jahr, d.h. eine Erhöhung um 45.000 € (60 %) statt der beantragten 55.000 € (73 %).

Antragsgemäß wird empfohlen, die Erhöhung für einen Zeitraum von drei Jahren zu beschließen.

Beratungsverlauf:

Nach Vorstellung des Sachverhalts und der Ergebnisse der Vorberatung durch den Ausschussvorsitzenden Sieveke wird verwaltungsseitig ausgeführt, dass aufgrund der Anregung im Verwaltungsausschuss Rücksprache mit dem Verein über die Ausweitung der Beteiligung der Stadt gehalten worden sei. Über die Entsendung eines politischen Vertreters der Stadt in den Vorstand des Vereins müsse dieser zunächst diskutieren und beraten. Da hierfür ohnehin zunächst die Änderung der Vereinssatzung erforderlich sei, wird verwaltungsseitig vorgeschlagen, den Beschluss über den Zuschuss in der heutigen Sitzung zu fassen, jedoch – sofern gewünscht – mit dem Verein über etwaige Beteiligungsmöglichkeiten zu sprechen.

Ein Ratsmitglied merkt an, dass das Misstrauen gegenüber dem Verein unbegründet sei und grundsätzlich keine Notwendigkeit gesehen werde, mehr Beteiligungs- und Mitspracherecht beim Verein zu erhalten. Der Verein leiste gute Arbeit und trage mit den zahlreichen Veranstaltungen und Projekten zur Belebung der Innenstadt bei.

Ein anderes Ratsmitglied begrüßt den Vorschlag der Verwaltung und teilt mit, dass es nicht fair sei, von Misstrauen zu sprechen. Die UBG-Fraktion sehe es als Chance, mehr Einblicke in die Innenstadtentwicklung zu erhalten. Dies habe sich bei anderen Vereinen und Institutionen als der richtige Weg erwiesen, z. B. beim Ludgerus-Werk, der Stiftung IML oder der Bürgerstiftung. Es sei eine konstruktive Zusammenarbeit notwendig.

Ein weiteres Ratsmitglied betont die wichtige Arbeit des Vereins für die Innenstadt und appelliert an die Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Seitens eines Ratsmitglieds wird an den Antrag der SPD-Fraktion zur Professionalisierung des Stadtmarketings erinnert und herausgestellt, dass man im Hinblick auf die Professionalisierung mit dem vorliegenden Zuschuss auf dem richtigen Weg sei.

Ein Ratsmitglied merkt an, dass das ursprüngliche Ziel die Belebung der Innenstadt gewesen sei. Grundsätzlich müsse man sich jedoch die Frage stellen, ob die Bezuschussung noch der richtige Weg sei oder ob man nicht die Methoden ändern müsse. Dennoch werde man dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Beschluss:

Der Handels- und Gewerbeverein „WIR Lohner“ e.V. erhält für die Jahre 2024-2026 einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 130.000 €.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 32, Nein-Stimmen: 1, Enthaltungen: 0

**4.3.2. Zuschussantrag der Stiftung Industrie Museum Lohne für die Anschaffung einer Brandmeldeanlage
Vorlage: 20/039/2023**

Sachverhalt:

Die Stiftung Industrie Museum Lohne ist Erbbauberechtigte des stadteigenen Grundstücks Südring 22 (Magazin des Industriemuseums). In dem von ihr errichteten Gebäude lagert der Verein Industrie Museum Lohne e.V. den nicht im Museum ausgestellten Teil seiner Sammlung. Einzelheiten über die Bedeutung der dort gelagerten Gegenstände gehen aus dem anliegenden Schreiben hervor.

Verein und Stiftung haben sich für den zeitnahen Einbau einer Brandmeldeanlage ausgesprochen, um das Risiko eines Totalverlustes im Brandfall zu minimieren. Hierzu habe auch der Museumsverband Niedersachsen/Bremen dringend geraten.

Aufgrund des vorgelegten Angebots eines Fachunternehmens wird mit externen Kosten von ca. 21.723 € gerechnet. Hierzu bittet die Stiftung durch ihren Vorsitzenden, Herrn Michael Gerwing, um einen Investitionszuschuss, da sie 2020/2021 bei der Errichtung des Anbaus an das Museumsgebäude einen Großteil ihrer verfügbaren Mittel eingesetzt hat.

Die Installationen werden nach Vereinsangaben von der Restaurierungsgruppe des Vereins mit Fachkräften, die sich im Ruhestand befinden und vorher bei renommierten Lohner Firmen tätig waren, ehrenamtlich und kostenlos vorgenommen.

Die Verwaltung empfiehlt eine Kostenbeteiligung an der Baumaßnahme. In Anlehnung an die städtische Sportförderrichtlinie wird ein Zuschuss in Höhe von 75 % der anfallenden Kosten, maximal 16.300 € empfohlen. Dies entspricht auch dem Kostenanteil, den die Stadt Lohne an den laufenden Kosten des Industriemuseums als jährlichen Zuschuss beisteuert.

Beratungsverlauf:

Nach Vorstellung des Sachverhalts und der Ergebnisse der Vorberatung durch den Ausschussvorsitzenden Sieveke wird verwaltungsseitig ausgeführt, dass nach Rücksprache mit Herrn Holthaus eine Sprinkleranlage nicht sinnvoll sei. Zum einen seien die Kosten sehr hoch und die Umsetzung nicht einfach und zum anderen werde hierfür ein Wasserbevorratungsbecken benötigt. Auch der Stadtbrandmeister gehe von einem hohen Aufwand und sehr hohen Kosten für eine Sprinkleranlage aus.

Ein Ratsmitglied gibt zu bedenken, dass bei einer Sprinkleranlage jeglicher Fehlalarm zu einer Zerstörung der Sammlung führe. Daher solle man es bei der Brandmeldeanlage belassen.

Ein weiteres Mitglied betont, dass eine Brandmeldeanlage sinnvoll sei und das Industriemuseum ein Aushängeschild für die Stadt Lohne sei. Daher sei der Antrag zu befürworten.

Ulrich Zerhusen und Christian Fischer sind bei der Abstimmung nicht anwesend.

Beschluss:

Die Stiftung Industrie Museum Lohne erhält für die Anschaffung einer Brandmeldeanlage im Magazin des IML, Südring 22 einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 75 % der anfallenden Kosten, maximal 16.300 €.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 31, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen: 0

4.3.3. Zuschussantrag des Sportvereins SW Kroge-Ehrendorf - Bau eines Soccerfeldes und einer Calisthenics-Anlage Vorlage: 20/041/2023

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 23.10.2023 beantragt der Sportverein Kroge-Ehrendorf gemäß der städtischen Förderrichtlinie Zuschüsse in Höhe von 75 % der Kosten für die nachfolgend aufgeführten Vorhaben (Erläuterungen zu den einzelnen Planungen können den Anlagen entnommen werden):

1. Bau eines Soccerfeldes in der Größe von 30 m x 20 m und Installation einer Calisthenics All-In-One-Station

Im Gegensatz zu den Sportanlagen in Brockdorf und Lohne ist in Kroge kein Spielfeld mit einem Kunstrasenbelag ausgestattet, und das ist auch nicht geplant. Durch das zusätzlich geplante umzäunte 600 m² große Soccerfeld können die Fußballmannschaften des Vereins aber auch bei ungünstigen Platz- und Witterungsverhältnissen gesichert trainieren. Um das Soccerfeld herum erfolgt eine Pflasterung, und es soll eine Spielerkabine gebaut werden.

Außerdem soll durch den Bau eines „Calisthenics“-Parks ermöglicht werden, ein Kraft- und Beweglichkeitstraining mit 12 Personen gleichzeitig durchzuführen. Der verhältnismäßig neue Begriff beschreibt Körper- und Spannungsübungen bzw. ein allgemeines Kraft- und Beweglichkeitstraining. Diese Möglichkeit kommt sowohl der Fußballabteilung als auch dem Gesundheits- und Fitnessbereich des Vereins zugute.

Die geplanten Kosten betragen 220.726 € zzgl. MwSt. Bei Brutto-Kosten (ohne Planungskosten) laut den vorgelegten Angeboten in Höhe von 262.664 € beantragt der Sportverein Kroge-Ehrendorf einen Zuschuss gemäß den Sportförderrichtlinien der Stadt Lohne in Höhe von 75 % = 196.998 €. Der Verein wird parallel eine Förderung durch den Landessportbund beantragen.

2. Pflasterarbeiten für die „Abstellorte“ der Fußballtore und den Übergangsweg zwischen dem Umkleidegebäude und Platz 4

Zur Verbesserung der Situation im direkten Platzumfeld ist die Pflasterung im Bereich von Torabstellflächen und vor der Umkleidekabine geplant. Außerdem soll eine Leistungserhöhung des Stromanschlusses über die EWE erfolgen.

Der Sportverein rechnet für diese drei Maßnahmen laut den vorgelegten Angeboten mit Netto-Kosten in Höhe von 43.689 €. Bei Brutto-Kosten in Höhe von 51.990 € beantragt der Sportverein Kroge-Ehrendorf einen Zuschuss gemäß der Sportförderrichtlinie in Höhe von 75 % = 38.992 €.

3. Planungskosten

Für die unter Ziffer 1 und 2 genannten Baukosten beantragt der Verein eine Förderung von Planungskosten. Genannt ist ein Pauschalbetrag von 15 % Planungskosten, das wären 47.198 €. Hierfür wird ein Zuschuss in Höhe von 75 % = max. 35.398 € beantragt.

Der vom Verein beantragte Zuschuss zu den Ziffern 1 und 2 soll laut Antrag als Festbetragszuschuss in Höhe von 235.990 € gewährt werden (also ohne Kostennachweis).

Zu den Planungskosten wird eine 75 % -Förderung auf die tatsächlichen Kosten beantragt.

In den letzten Jahren wurden in der Praxis Festbetragszuschüsse für die Sportförderung und auch für andere Baumaßnahmen und Anschaffungen seitens der Stadt Lohne nicht mehr gewährt. Einsparungen gegenüber den vorgelegten Angeboten (z.B. durch Eigenleistungen, Nachverhandlungen oder alternative neue Angebote) kommen zu 25 % dem Verein und zu 75 % der Stadt Lohne zugute. Der Verwaltungsaufwand für den Verein für einen einfachen Verwendungsnachweis ist überschaubar, zumal dieser für Maßnahmen, die vom Kreis- oder Landessportbund gefördert werden, ohnehin angefertigt werden muss.

Auch für diesen Zuschuss wird insgesamt eine Anteilsfinanzierung von 75 % der tatsächlichen, nachgewiesenen Kosten vorgeschlagen, maximal 75 % der geschätzten Kosten von 361.852 € = 271.839 €.

Beratungsverlauf:

Nach Vorstellung des Sachverhalts und der Ergebnisse der Vorberatung durch den Ausschussvorsitzenden Sieveke erklärt ein Ratsmitglied, dass die Gruppe SPD – Bündnis 90/Die Grünen dem Beschlussvorschlag kritisch gegenüberstehe und verweist auf die Ausführungen im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Wirtschaftsförderung sowie das Schreiben des SV Kroge-Ehrendorf an die Fraktionen und die Verwaltung vom 06.12.2023. Die CDU-Fraktion müsse sich mit ihrer bislang ablehnenden Haltung darüber im Klaren sein, dass sich damit gegen die Sportförderrichtlinie entschieden werde. Es werde der Änderungsantrag gestellt, wonach sich der Zuschuss nach den in den Kostenvoranschlägen nachgewiesenen Kosten richte. Zugleich werde der Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung gestellt.

Ein Ratsmitglied teilt mit, dass in der Praxis seit jeher keine Festbeträge an Vereine ausgezahlt worden seien, sondern sich der Zuschuss immer nach den nachgewiesenen Kosten richte. Im Hinblick auf die folgenden Tagesordnungspunkte müsse bei den Zuschüssen an Sportvereine einheitlich verfahren werden, sodass auch die Sportförderrichtlinie diesbezüglich angepasst werden müsse. In dem Schreiben des SV Kroge-Ehrendorf werde sich auf interne Gespräche mit der Verwaltung bezogen, die jedoch nicht rechtsbindend seien, da es sich bei einem Zuschuss um eine politische Entscheidung handele. Auch sei die Höhe der Zuschüsse, die die Stadt Lohne den Vereinen gewähre, beachtlich. Dabei habe man stets Vertrauen in die Vereine, dass die Ausgaben auch notwendig seien. Im Sinne der Gleichbehandlung solle daher bei dem ursprünglichen Beschlussvorschlag geblieben werden.

Ein anderes Ausschussmitglied stellt heraus, dass allen daran gelegen sei, das Ehrenamt zu fördern. Unabhängig davon, ob man sich nach dem Festbetrag oder den nachgewiesenen Kosten richte, handele es sich um eine großzügige Förderung. Diese sei auch im Vergleich zu den umliegenden Kommunen mit 75 % die höchste Förderung. Im Fokus müsse das gemeinsame Ziel stehen, die Sportvereine und das Ehrenamt zu fördern. Der richtige Weg sei dabei, die Höhe des Zuschusses nach den tatsächlich nachgewiesenen Kosten zu bemessen.

Ein weiteres Ratsmitglied verweist auf die Diskussion im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Wirtschaftsförderung und merkt an, dass die Vereine eine Motivation für die Erbringung von Eigenleistungen haben müssten. Gleichzeitig gehe es vorliegend um eine Gleichbehandlung und eine einheitliche Verfahrensweise bei den Zuschüssen. Aus diesem Grund sei auch die Sportförderrichtlinie anzupassen.

Ein Ratsmitglied erklärt, dass es immer wieder Komplikationen bei der Auslegung der Sportförderrichtlinie gebe. Bei einer konsequenten Anwendung der Richtlinie würde es keine Probleme geben. Da der Punkt mit der Eigenleistung in der Sportförderrichtlinie nicht geregelt sei, müsse diese Richtlinie angepasst werden.

Es wird zunächst über den Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag abgestimmt. Dieser wird mehrheitlich angenommen.

Es wird namentlich über den Änderungsantrag abgestimmt.

Beschluss:

Der Sportverein Kroge-Ehrendorf e. V. erhält für die o. a. Vorhaben

- a) Bau eines Soccerfeldes in der Größe von 30 m x 20 m und Installation einer Calisthenics All-In-One-Station
- b) Pflasterarbeiten für die „Abstellorte“ der Fußballtore und den Übergangsweg zwischen dem Umkleidegebäude und Platz 4 sowie
- c) für die erforderlichen Planungskosten

einen Zuschuss in Höhe von 75 % der in den Kostenvoranschlägen nachgewiesenen Kosten, maximal insgesamt 271.389 € (75 % von 361.852 €)

Nach Abschluss der Maßnahmen ist ein Nachweis über die erfolgte Durchführung der Vorhaben vorzulegen.

Ja-Stimmen: Andreas Pund, Eckhard Knospe, Evren Demirkol, Stefan Thierbach, Peter Willenborg, Tobias Beckhelling, Manuela Deux, Torsten Mennewisch, Dr. Lutz Neubauer, Nadine Nuxoll, Paul Sandmann

Nein-Stimmen: Anja Thoben, Brigitte Theilen, Christian Meyer, Clemens-August Röchte, Elsbeth Schlärmann, Fabio Maier, Frank Rottinghaus, Henrike Theilen, Konrad Rohe, Norbert Hinzke, Stefanie Kröger, Thomas Schlarmann, Tobias Hermes, Ulrich Zerhusen, Ünzile Yilmaz, Walter Sieveke, Norbert Bockstette, Dr. Henrike Voet, Franziskus Pohlmann, Julian Tillesch, Moritz Ovelgönne

Enthaltungen: Christian Fischer

mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 11, Nein-Stimmen: 21, Enthaltungen: 1

Sodann wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschluss:

Der Sportverein Kroge-Ehrendorf e. V. erhält für die o. a. Vorhaben

- d) Bau eines Soccerfeldes in der Größe von 30 m x 20 m und Installation einer Calisthenics All-In-One-Station
- e) Pflasterarbeiten für die „Abstellorte“ der Fußballtore und den Übergangsweg zwischen dem Umkleidegebäude und Platz 4 sowie
- f) für die erforderlichen Planungskosten

einen Zuschuss in Höhe von 75 % der nicht durch staatliche Zuwendungen Dritter gedeckten tatsächlichen nachgewiesenen Kosten, maximal insgesamt 271.389 € (75 % von 361.852 €)

Der Zuschuss ist nachrangig gegenüber einer möglichen Förderung des Landessportbundes. Sollte vom Landessportbund ein Zuschuss gewährt werden, so reduziert sich die Berechnungsgrundlage in gleicher Höhe.

Nach Abschluss der Maßnahmen ist ein Nachweis über die Verwendung der Mittel vorzulegen.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 32, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen: 1

4.3.4. Zuschussantrag des Sportvereins GW Brockdorf - Erneuerung der Flutlichtanlage (LED-Umstellung) auf den Sportplätzen in Brockdorf Vorlage: 20/035/2023

Sachverhalt:

Der Sportverein Grün-Weiss Brockdorf e. V. möchte nach der Umstellung der bisherigen konventionellen Flutlichtbeleuchtung auf dem Sportplatz am Fladder (2023) auch die Beleuchtung am Hauptplatz in Brockdorf, Langweger Straße, auf LED-Strahler umstellen und die CO₂-Emissionen um mehr als 70 % reduzieren.

Die kalkulierten Gesamtkosten der Maßnahme für alle vier Plätze belaufen sich auf 92.760 € brutto. Hierzu wird ein Förderantrag beim Landessportbund gestellt. Eine Förderung von 30 % (27.828 €) bis zu 50 % der Kosten (46.380 €) scheint nach Vereinsangaben von dort möglich.

Mit Schreiben vom 27.10.2023 beantragt der Sportverein Grün-Weiss Brockdorf e. V. nach der städtischen Sportförderrichtlinie einen Zuschuss in Höhe von 75 % der verbleibenden Kosten von 46.380 € brutto = 34.785 € brutto, bei 50 % LSB-Förderung.

Sollte durch den LSB eine Förderung von 30 % statt 50 % gezahlt werden, so beläuft sich der Zuschussantrag auf 75 % der verbleibenden 64.932 € = 48.699 €.

Die Durchführung der Maßnahme wird zu einer wesentlich verbesserten Effizienz der Anlage führen. Der Umbau wird vom Verein aus wirtschaftlichen Gründen und aus Gründen des Klimaschutzes für sehr sinnvoll erachtet.

Verwaltungsseitig wird empfohlen, dem Antrag gemäß der Sportförderrichtlinie zuzustimmen.

Beratungsverlauf:

Nach Vorstellung des Sachverhalts und der Ergebnisse der Vorberatung durch den Ausschussvorsitzenden Sieveke stellt ein Ratsmitglied die Frage in den Raum, weshalb bei diesem Tagesordnungspunkt nicht ebenfalls ein Änderungsantrag seitens der Gruppe SPD – Bündnis 90/Die Grünen gestellt worden sei. Es sei fraglich, ob dies mit der Funktion eines Vertreters der Gruppe beim SV Kroege-Ehrendorf zusammenhänge.

Ein Vertreter der Gruppe SPD – Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass es beim vorherigen Punkt deutlich geworden sei, dass mit der CDU-Fraktion nicht mehr machbar sei.

Verwaltungsseitig wird herausgestellt, dass der Vertreter der Gruppe SPD – Bündnis 90/Die Grünen nicht mehr im Vorstand des Vereins sei und daher auch kein Mitwirkungsverbot vorliege.

Nach einer Diskussion über die Regelungen in der Sportförderrichtlinie sowie deren Anwendung bzw. Auslegung wird herausgestellt, dass die vorliegenden Zuschussanträge gleichbehandelt werden sollten und die Sportförderrichtlinie angepasst werden müsse.

Beschluss:

Der Sportverein Grün-Weiss Brockdorf e. V. erhält gemäß der städtischen Sportförderrichtlinie einen Zuschuss in Höhe von 75 % der nicht durch staatliche Zuwendungen Dritter gedeckten tatsächlichen nachgewiesenen Kosten für die Erneuerung der Flutlichtbeleuchtung am Sportplatz Langweger Straße.

Der Zuschuss ist nachrangig gegenüber der Förderung des Landessportbundes. Sollte vom Landessportbund ein Zuschuss gewährt werden, so reduziert sich die Berechnungsgrundlage in gleicher Höhe.

Der städtische Zuschuss beträgt bei einer 30%-igen Landesförderung maximal 48.699 €, bei einer 50%-igen Landesförderung maximal 34.785 €.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 33, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen: 0

4.3.5. Zuschussantrag des TuS Blau-Weiss Lohne - Umnutzung einer städtischen Fläche an der Steinfelder Straße zu einer Spielfläche Vorlage: 20/046/2023

Sachverhalt:

Beim TuS Blau-Weiss Lohne sind die Mitgliederzahlen und die Anzahl der Fußballmannschaften in den vergangenen Jahren stetig gestiegen und stellen damit eine wesentliche Stütze für den Breitensport in Lohne und der gesamten Region dar. Auch leistet dieses Angebot einen wichtigen Anteil zur Förderung von Integration und Vielfalt. Mit 900 aktiven Mitgliedern in der Sparte Fußball und 58 Fußballmannschaften, darunter allein 12 Damen & Mädchen-Mannschaften, ist der junge Regionalligist Blau-Weiß Lohne sogar aktuell der drittgrößte Fußballverein bei der Anzahl von Mannschaften in Deutschland.

Trotz intensiver Bemühungen der Verwaltung konnten bis zum Sommer 2023 keine geeigneten Spielflächen für Blau-Weiss Lohne gefunden werden.

In der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Bau und Stadtentwicklung wurde am

26.09.2023 beschlossen, dass die städtische Fläche gegenüber dem Schützenplatz als temporäre Spielfläche hergerichtet werden soll und von Blau-Weiss Lohne genutzt werden kann, sofern mehrere Voraussetzungen erfüllt werden.

Planung und Durchführung der Maßnahme obliegen dem TuS Blau-Weiss Lohne. Dieser sieht sich dazu nur bei einer entsprechenden Förderung gemäß der Sportförderrichtlinie in der Lage.

Der Sportverein hat eine Kostenschätzung des mit der Planung und Baubegleitung für die Plätze 3 und 4 des Stadiongelandes befassten Büros Brinkmann und Deppen vorgelegt. Danach geht der Verein von Gesamtkosten in Höhe von ca. 200.000 € aus. Hierfür wird ein Zuschuss im Umfang von 75 % der Baukosten sowie eine komplette Bezuschussung der Planungskosten beantragt.

Beratungsverlauf:

Nach Vorstellung des Sachverhalts und der Ergebnisse der Vorberatung durch den Ausschussvorsitzenden Sieveke erklärt ein Ratsmitglied, dass man dem vorliegenden Zuschussantrag zwar zustimme, man jedoch gegen die Planung gewesen sei. Es sei darauf zu achten, dass die vorhandene Waldfläche zukünftig erhalten bleibe.

Verwaltungsseitig wird erläutert, dass bei den Planungen stets darauf geachtet wurde, die Waldfläche am Südring zu erhalten.

Julian Tillesch ist bei der Abstimmung nicht anwesend.

Beschluss:

Der TuS Blau-Weiß Lohne erhält für die Herrichtung einer Fläche westlich der Steinfelder Straße zu einer Trainings- und Spielfläche einen Zuschuss von 75 % der nicht durch staatliche Zuwendungen Dritter gedeckten tatsächlichen nachgewiesenen Kosten, maximal jedoch 150.000 €.

Der Zuschuss ist nachrangig gegenüber einer möglichen Förderung des Landessportbundes. Sollte vom Landessportbund ein Zuschuss gewährt werden, so reduziert sich die Berechnungsgrundlage in gleicher Höhe.

Nach Abschluss der Maßnahmen ist ein Nachweis über die Verwendung der Mittel vorzulegen.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 32, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen: 0

4.3.6. Zuschussantrag der Musikschule Lohne e. V. für die Jahre 2024 - 2026 Vorlage: 20/045/2023

Sachverhalt:

Die Musikschule Lohne e.V. ist wie alle Musikschulen neben den Unterrichtsentsgelten auf eine nennenswerte Unterstützung aus öffentlichen Mitteln angewiesen. Eine kostendeckende Erhebung von Unterrichtsentsgelten ist aus sozialen Gründen nicht möglich, oder der Unterricht wäre so teuer, dass er nur von einem deutlich kleineren Kreis von Schülerinnen und Schülern besucht werden könnte.

Für den Zeitraum 2021 – 2023 erhielt die Musikschule Lohne e. V. von der Stadt Lohne einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 400.000 €. Hinzu kam ein für diese Jahre befristeter

Investitionszuschuss zur Anschaffung von Musikinstrumenten. Zusätzlich werden der Musikschule die Räume der Von-Galen-Schule einschließlich Nebenkosten kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Der Landkreis Vechta hat seinen jährlichen Zuschuss für die Jahre 2023-2025 von bisher 103.781 € auf nunmehr 135.300 Euro erhöht. Das Land Niedersachsen förderte die Musikschule zuletzt mit jährlich ca. 22.000 €, verkündete aber in der letzten Woche eine Erhöhung seiner Landesförderung von 1,1 Mio. € auf 3,1 Mio. € pro Jahr.

Die Unterrichtsentgelte belaufen sich nach einer im April 2023 vorgenommenen Erhöhung auf 450.000 € pro Jahr.

Die Musikschule Lohne hat im Rahmen der Erstellung ihres Haushaltsplans für das Jahr 2024 beantragt, den Zuschuss ab dem Jahr 2024 zu erhöhen. Konkret wird ein Zuschuss in Höhe von 480.000 € sowie eine Dynamisierung in Höhe der jeweiligen Gehaltserhöhung im öffentlichen Dienst beantragt.

Der Antrag wird begründet mit den gestiegenen und weiter steigenden Kosten insbesondere im Personalbereich, die ohne den erhöhten Ausgleich der Stadt Lohne zu einem erheblichen Defizit für den Verein führen würden. Von den Gesamtausgaben der Musikschule entfallen ca. 95 % auf die Personalkosten, die wiederum 1:1 von den abgeschlossenen Tarifverträgen des Öffentlichen Dienstes abhängig sind.

Nach den vorgelegten Zahlen konnte das Jahr 2022 noch mit einem Überschuss von 25 Tsd. € abschließen. Nach jetziger Hochrechnung wird für das Rechnungsjahr 2023 ein Defizit von 26 Tsd. € erwartet.

Im Haushaltsplan 2024 beläuft sich das erwartete Jahresdefizit 2024 des Vereins auf ca. 8.300€, sogar bei einer Erhöhung des städtischen Zuschusses von 400.000 € auf beantragte 480.000 €. In der Dreijahresplanung werde der jetzige Rücklagenbestand laut Antrag bis Ende 2026 voraussichtlich wieder aufgezehrt sein.

Eine Zuschusserhöhung auf 480.000 € pro Jahr ab 2024 sei zur Zahlung der künftig zu erwartenden Ausgaben und zur Planungssicherheit für den Verein notwendig.

Verwaltungsseitig wird eine deutliche Zuschusserhöhung befürwortet, der durch die hervorragende Arbeit der Musikschule Lohne gerechtfertigt erscheint. Da die Gesamtausgaben im gleichen Maß wie die Gehaltsentwicklung im öffentlichen Dienst steigen, erscheint eine Dynamisierung für die Jahren 2025 und 2026 nachvollziehbar.

Erhebliches Einsparpotential bei gleichbleibender Quantität und Qualität des Leistungsumfangs sind nach Einschätzung der Verwaltung nicht absehbar. Durch die Gründung eines Fördervereins besteht seit 2022 eine größere Möglichkeit zur Einwerbung von privaten Spenden, die aber den öffentlichen Zuschuss nicht wesentlich mindern können.

Bei der Beratung sollte auch im Auge behalten werden, dass die Höhe des Landkreis-Zuschusses als eine weitere wesentliche Finanzierungsquelle in naher Zukunft aus Sicht der Stadtverwaltung einer grundsätzlichen Diskussion bedarf. Hier wird spätestens ab 2026 eine grundsätzliche Verteilungssymmetrie mit der Finanzierung der Kreismusikschule Vechta e.V. angestrebt. Die Landkreis-Förderung war pauschal mit Wirkung ab dem 1.1.2023 um 30 % erhöht worden, als die derzeitigen Lohnsteigerungen noch nicht absehbar waren.

Weiterhin wird vorgeschlagen, auch für die Jahre 2024 - 2026 einen Zuschuss für Ersatzinvestitionen für Instrumente in Höhe von jährlich 10.000 € zu gewähren.

Beratungsverlauf:

Nach Vorstellung des Sachverhalts und der Ergebnisse der Vorberatung durch den Ausschussvorsitzenden Sieveke erklärt ein Ratsmitglied, dass die ursprüngliche Beschlussemp-

fehlung mit der Dynamisierung sinnvoll sei. Bei dem vorliegenden Beschlussvorschlag mit einem Festbetrag handele es sich um einen unflexiblen Zuschuss, der höher sei als beantragt. Bei absehbaren Lohnsteigerungen müsse die Musikschule erneut an die Stadt herantreten und einen Erhöhungsantrag stellen. Aus diesem Grund werde der Änderungsantrag entsprechend der ursprünglichen Beschlussempfehlung gestellt.

Ein anderes Ratsmitglied stimmt den Ausführungen zu und ergänzt, dass es unüblich sei, die Höhe des Zuschusses von sich aus zu erhöhen. Der Vorschlag mit der Dynamisierung fuße auf dem Anteil von 95 % an Personalkosten bei der Musikschule und der Tatsache, dass das Personal nach Tarif bezahlt werde.

Ein Ratsmitglied teilt mit, dass sich die UBG-Fraktion den Ausführungen anschließe und dem Änderungsantrag zustimmen werde.

Ein weiteres Ratsmitglied erläutert, dass es sowohl Gründe für als auch gegen eine Dynamisierung gebe. Ein Tarifabschluss sei zwar absehbar, allerdings werde auch die Umsetzung Zeit in Anspruch nehmen. Bei einer Tarifierhöhung könne im Bedarfsfall immer noch der Zuschuss erhöht werden. Die Erhöhung des Zuschusses auf 500.000 € sei im Hinblick auf das Defizit im Haushalt der Musikschule in die Diskussion gebracht worden.

Ein anderes Ratsmitglied stellt heraus, dass ein Beschluss ohne eine Dynamisierung der falsche Ansatz sei. Damit werde über kurz oder lang von der Musikschule ein erneuter Antrag auf Übernahme der gestiegenen Personalkosten kommen. Die Begründung der CDU-Fraktion sei daher nicht nachvollziehbar.

Es wird zunächst über den Änderungsantrag abgestimmt.

Beschluss:

Die Musikschule Lohne e. V. erhält im Jahr 2024 einen laufenden Zuschuss in Höhe von 480.000 € pro Jahr. Dieser wird in den Jahren 2025 und 2026 gemäß der Gehaltsentwicklung im maßgeblichen Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes erhöht.

Die Musikschule erhält zudem einen jährlichen investiven Zuschuss für die Anschaffung von Instrumenten von 10.000 €.

mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 14, Nein-Stimmen: 18, Enthaltungen: 1

Im Hinblick auf die folgende Abstimmung wird verwaltungsseitig darauf hingewiesen, dass im Haushalt für den Zuschuss nur 480.000 € eingeplant seien. Daher solle im Beschluss ergänzt werden, dass die Mehrausgaben von 20.000 € haushaltsrechtlich zu beordnen sind.

Sodann wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschluss:

Die Musikschule Lohne e. V. erhält für die Jahre 2024 bis 2026 einen laufenden Zuschuss in Höhe von 500.000 € pro Jahr.

Die Musikschule erhält zudem einen jährlichen investiven Zuschuss für die Anschaffung von Instrumenten von 10.000 €.

Die Mehrausgaben von 20.000 € sind haushaltsrechtlich zu beordnen.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 25, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen: 8

4.3.7. Verlängerung und Anpassung der Richtlinie zur Förderung des Erwerbs von Altbauimmobilien Vorlage: 23/024/2023

Sachverhalt:

Die Richtlinie zur Förderung des Erwerbs von Altbauimmobilien wurde 2012 auf den Weg gebracht. Zwischenzeitlich wurde diese Richtlinie mehrfach verlängert und angepasst. Aktuell ist die Richtlinie bis zum 31.12.2023 befristet. Durch die Schaffung finanzieller Anreize in Form eines Zuschusses für den Altbauerwerb oder den Abriss und Ersatzbau soll eine bessere „Altersmischung“ in bestehenden Wohngebieten erreicht („Jung kauft Alt“) und insbesondere dem Flächenverbrauch entgegengewirkt werden.

Der Haushaltsansatz betrug im Jahr 2023 120.000 €. In den letzten Jahren sind durchschnittlich 15 Anträge pro Jahr eingegangen, durch die ein Gesamtförderbetrag in Höhe von ca. 70.000 € - 80.000 € möglich gewesen wäre. Im Durchschnitt sind davon 55.000 € ausgezahlt worden. Dies hängt mit einer verspäteten Antragstellung zusammen oder es sind für die zweite Teilzahlung keine Belege eingereicht worden. 50 % der Förderung werden nach der Eintragung im Grundbuch ausbezahlt, die anderen 50 % erst nach dem Nachweis energetischer baulicher Sanierungsmaßnahmen (Ziffer 4.3.).

Die Verwaltung schlägt eine Verlängerung um weitere drei Jahre vor. In diesen Zusammenhang soll der Stichtag für das Alter der förderfähigen Gebäude auf den 01.01.1995 geändert werden. Seit der Verlängerung/Änderung der Richtlinie 2016 war das Alter der Immobilie auf den 01.01.1990 festgesetzt worden. Der Grundbetrag ist seit Beginn der Richtlinie auf 4.000 € pro Erwerbsfall sowie einem Erhöhungsbetrag von 1.000 € je Kind festgesetzt. Es wird seitens der Verwaltung vorgeschlagen, dass der Grundbetrag von 4.000 € auf 6.000 € erhöht wird, vor allem in Anbetracht der massiv gestiegenen Erwerbs- und Sanierungskosten.

Beratungsverlauf:

Nach Vorstellung des Sachverhalts und der Ergebnisse der Vorberatung durch den Ausschussvorsitzenden Sieveke gibt es keine Wortbeiträge.

Andreas Pund, Stefan Thierbach, Franziskus Pohlmann und Dr. Henrike Voet sind bei der Abstimmung nicht anwesend.

Beschluss:

Die Laufzeit der Richtlinie der Stadt Lohne zur Förderung des Erwerbs von Altbauimmobilien vom 01.11.2012 wird bis zum 31.12.2026 mit den aufgezeigten Änderungen verlängert und die Richtlinie in der als Anlage beigefügten neuen Fassung beschlossen.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 29, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen: 0

**4.3.8. Verlängerung und Anpassung der "Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen für Nachhaltiges Bauen"
Vorlage: 23/026/2023**

Sachverhalt:

2021 hat der Rat der Stadt Lohne eine Förderrichtlinie über die Gewährung von Zuschüssen für Nachhaltiges Bauen beschlossen. Hierbei handelt es sich um ein Förderprogramm für Dach- und Fassadenbegrünungen sowie Regenwassernutzungsanlagen, Versickerungsanlagen und Grauwassernutzungsanlagen.

In der Sitzung vom 14.12.2022 hat der Stadtrat die Erweiterung der Richtlinie um den Fördergegenstand „Balkon-PV-Anlagen“ beschlossen.

Die aktuelle Richtlinie ist bis zum 31.12.2023 befristet und soll um ein weiteres Jahr verlängert werden, damit Mieterinnen und Mietern sowie Gebäude- und Wohnungseigentümerinnen und -eigentümern weiterhin ein finanzieller Anreiz gegeben wird, um sich für einen bewussten Umgang mit der Ressource Wasser sowie für Maßnahmen im Bereich des nachhaltigen Bauens zu entscheiden.

Des Weiteren sollen Eigentümerinnen und Eigentümer von selbstgenutzten Einfamilienhäusern in den Kreis der Förderempfängerinnen und Förderempfänger für den Förderbaustein „Balkon-PV-Anlagen“ aufgenommen werden. Die Verwaltung erhofft sich hierdurch einen verstärkten Ausbau der nachhaltigen Energiegewinnung innerhalb des Stadtgebiets.

Seit der Aufnahme des Förderbausteins „Balkon-PV-Anlagen“ haben sich etliche Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer für eine Antragstellung bei der Verwaltung gemeldet, für die der Ausschluss von der Förderung inhaltlich nicht nachvollziehbar war. Andere Kommunen im Landkreis Vechta schließen Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer in ihre Förderung von Balkon-PV-Anlagen mit ein.

Eine weitere Änderung betrifft die maximale Leistung der geförderten Balkon-PV-Anlagen. Derzeit werden nur Anlagen gefördert, die maximal über eine Leistung von 600 Watt Spitzenleistung verfügen. Dies entspricht der aktuellen technischen Norm für Balkon-PV-Anlagen. In dem von der Bundesregierung im August 2023 beschlossenen Gesetzentwurf „Solarpaket I“ wurde beschlossen, diese Grenze zukünftig auf 800 Watt zu erhöhen. Daher soll die Leistungsgrenze in der Förderrichtlinie gemäß der ab dem 01.01.2024 gültigen technischen Norm auf 800 Watt Spitzenleistung angepasst werden.

Beratungsverlauf:

Nach Vorstellung des Sachverhalts und der Ergebnisse der Vorberatung durch den Ausschussvorsitzenden Sieveke gibt es keine Wortbeiträge.

Stefan Thierbach und Dr. Henrike Voet sind bei der Abstimmung nicht anwesend.

Beschluss:

Die Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen für Nachhaltiges Bauen wird mit Wirkung vom 01.01.2024 mit den aufgezeigten Änderungen verlängert und die Richtlinie in der als Anlage zur Vorlage beigefügten Fassung beschlossen. Für die Förderung von Balkon-PV-Anlagen wird im Jahr 2024 ein Betrag von 20.000 Euro bereitgestellt.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 31, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen: 0

4.3.9. Erlass einer Hebesatzsatzung für die Grund- und Gewerbesteuer Vorlage: 20/043/2023

Sachverhalt:

Gemeinden erheben ihre Grund- und Gewerbesteuern (Realsteuern) durch die Anwendung von sogenannten Hebesätzen (Vervielfältiger) auf die den Steuerpflichtigen per Einzelbescheid mitgeteilten Messbeträge (Grundlagendaten) der Finanzämter.

Die Höhe der Hebesätze beträgt für die Grundsteuer A und B 275 v.H. (seit 1998), für die Gewerbesteuer 330 v.H. (seit 2016).

Aufgrund der vom Bundesgesetzgeber festgesetzten Grundsteuerreform wurden im Jahr 2022 sämtliche Grundeigentümer aufgefordert, für ihre besteuerten Grundstücke neue Angaben zu machen, aus denen das Finanzamt dann neue Grundsteuermessbeträge ermittelt.

In die Ermittlung der neuen Grundsteuermessbeträge fließen der Bodenrichtwert anhand der jeweiligen Lage, die Grundstücksgröße sowie die mitgeteilte Wohn-/Nutzfläche ein. Auf die Wohn-/Nutzfläche werden noch unterschiedliche Äquivalenzkennziffern angewandt – hieraus ergibt sich am Ende die neue Bemessungsgrundlage für jedes Grundstück.

Für Lohne sind ca. 10.000 Grundsteuerobjekte zu veranlagern und zu bescheiden. Der zukünftige Maßstab ist mit dem bisherigen systematisch nicht vergleichbar. Daher weicht der festgestellte Grundsteuermessbetrag in praktisch jedem Einzelfall von dem jetzt geltenden Wert ab, sei es nach oben oder nach unten.

Laut Mitteilung der Finanzverwaltung lagen Mitte August 2023 für ca. 72 % der Lohner Objekte Steuermessbeträge vor. Voraussichtlich zur Jahresmitte 2024 wird die Summe aller Lohner Messbeträge vorläufig bekannt sein.

Ein Teil der Grundsteuermessbeträge wird dabei von der Finanzverwaltung wegen mangelhafter Mitwirkung geschätzt werden müssen. Außerdem dürften für einen Teil der festgesetzten Messbeträge noch Einspruchsverfahren beim Finanzamt anhängig sein.

Laut § 7 des Nds. Grundsteuergesetzes muss jede niedersächsische Kommune ermitteln, wie hoch rechnerisch der Hebesatz nach neuem Recht (ab 2025) sein müsste, dessen Anwendung im Gesamtaufkommen 1:1 den Grundsteuereinnahmen des Haushaltsplans 2024 bei Anwendung des bisherigen Hebesatzes entspricht (aufkommensneutraler Hebesatz).

Um im Jahr 2025 dieselbe Grundsteuerhöhe wie im Jahr 2024 einzunehmen, wird 2025 höchstwahrscheinlich in jeder Kommune ein anderer Hebesatz als im Jahr 2024 anzuwenden sein.

Für eine insoweit optimale Umsetzung der neuen Grundsteuerbesteuerung schlägt die Verwaltung vor, dass in der Stadt Lohne eine eigene Hebesatzsatzung für Grund- und Gewerbesteuern erlassen wird. Sie gilt nicht nur für ein Kalenderjahr, sondern ohne zeitliche Beschränkung, und ist nicht genehmigungspflichtig.

Würde der Hebesatz erst wie üblich mit der Haushaltssatzung für das Jahr 2025 festgesetzt, so könnte nicht garantiert werden, dass die vorläufige Haushaltsführung incl. Verabschiedung des Haushaltsplans, Genehmigung durch die Kommunalaufsicht und öffentlicher Auslegung bis zum 12.01.2025 beendet ist (späteste Versendung der Grundsteuerbescheide für den Zahlungstermin 15.02.2023). In der Zeit der vorläufigen Haushaltsführung dürfen gemäß § 116 NKomVG Steuern nur nach den in der Haushaltssatzung des Vorjahres festgesetzten Hebesätzen erhoben werden.

Dies würde zu zusätzlichem Aufwand bei den Steuerpflichtigen und der Finanzabteilung (Änderung von Daueraufträgen, Verrechnung von Überzahlungen / Nachholung von Nachzahlungen) im Jahresverlauf 2025 führen.

Die gesonderte Hebesatzsatzung kann dagegen unmittelbar nach der amtlichen Bekanntmachung zum 01.01. eines Jahres in Kraft treten. Dadurch können bereits rechtzeitig vor der Fälligkeit der 1. Grundsteuerrate am 15. Februar die neuen Grundsteuerbescheide an die Steuerpflichtigen versandt werden.

In der jährlichen Haushaltssatzung werden die durch die Hebesatzsatzung festgesetzten Hebesätze nur noch nachrichtlich aufgeführt.

Beispielhaft stehen für eine solche dauerhafte Hebesatzsatzung seit Jahren z.B. die Kommunen Hannover, Göttingen, Wilhelmshaven, Lüneburg, Celle, Cuxhaven, Aurich, Burgdorf, Garbsen, Goslar, Laatzen, Leer, Lehrte, Nienburg, Peine, Stade, Wildeshausen, Damme, Steinfeld und Neuenkirchen-Vörden. Hier hat sich die dauerhafte Hebesatzsatzung auch bewährt. Im Rahmen der Grundsteuerreform wird eine weitere nennenswerte Zahl von Kommunen voraussichtlich diesen Weg gehen.

Unter Berücksichtigung der im Rahmen der Haushaltsplanung 2024 vorgeschlagenen Hebesatzerhöhung für die Grundsteuer (330 v.H. für die Grundsteuer A und B) wird der Erlass der anliegenden Realsteuer-Hebesatzsatzung vorgeschlagen.

Beratungsverlauf:

Nach Vorstellung des Sachverhalts und der Ergebnisse der Vorberatung durch die Verwaltung erklärt ein Ratsmitglied, dass der Erlass einer solchen Satzung an sich nicht zu kritisieren sei. Das Problem sei allerdings, dass man die Grundsteuer mit der Begründung anheben wolle, es habe schon lange keine Anhebung mehr stattgefunden und man zahle drauf. Die Mehreinnahmen durch eine Anhebung der Grundsteuern seien auch überschaubar. Im Hinblick auf die aktuelle Situation in der Gesellschaft sei eine Mehrbelastung der Bürger allerdings kontraproduktiv. Es sei wünschenswert gewesen, dass man stattdessen die Gewerbesteuer angegangen wäre. Davon seien dann insbesondere die größeren Betriebe betroffen, welche die Hauptursache für die Umweltproblematik darstellen würden. Durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer könnten auch erhebliche Mehreinnahmen erzielt werden.

Verwaltungsseitig wird erläutert, dass es seit 25 Jahren keine Erhöhung der Grundsteuer gegeben habe und es auf den ersten Blick ein hoher Anstieg von 275 auf 330 Punkte sei. Im Hinblick auf die Inflationsrate sei die Erhöhung allerdings moderat. Darüber hinaus seien durch die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge 2022 die Kosten auf die Allgemeinheit umgelegt worden, sodass eine Gegenfinanzierung notwendig sei. Steuererhöhungen seien nie populär, jedoch vorliegend notwendig, um dauerhaft den finanziellen Spielraum der Stadt

zu erhalten. Aufgrund des Höchststandes an Gewerbesteuereinnahmen im vergangenen Jahr sei sich verwaltungsseitig gegen eine Erhöhung der Gewerbesteuer ausgesprochen worden.

Ein Ratsmitglied fasst den Sachverhalt noch einmal zusammen und stellt die Vorteile einer Hebesatzsatzung heraus. Im Hinblick auf die Finanzausgleichsumlage und die Erhöhung der Kreisumlage sei es erforderlich, die Grundsteuern anzupassen. Auch die Rücklagen der Stadt lohne seien durch die beabsichtigten Investitionen schnell aufgezehrt. Im Durchschnitt würde sich für jeden Haushalt eine Mehrbelastung von ca. 60 € im Jahr ergeben.

Ein weiteres Ratsmitglied weist darauf hin, dass die Erhöhung der Steuersätze für die Bürger nicht nachvollziehbar seien und dass die finanzielle Stabilität der Stadt gesichert sei.

Ein anderes Ratsmitglied teilt mit, dass die SPD-Fraktion gegen den Erlass der Satzung sei. Insbesondere werde die Erhöhung der Grundsteuern abgelehnt, da eine Erhöhung unsozial und aus verschiedenen Gründen nicht notwendig sei, da die Stadt über eine ausreichend hohe Liquidität und Rücklagen verfüge. Die SPD-Fraktion wolle die Bürger nicht noch mehr belasten. Auch gebe es in Vechta und Damme keine Steuererhöhung, obwohl der dortige Haushalt sogar ein Defizit ausweise. Es wird der Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung gestellt.

Verwaltungsseitig wird auf die Gehaltsentwicklung der letzten Jahrzehnte und die Mehrbelastung pro Haushalt eingegangen und erläutert, dass die Steuererhöhung im Hinblick auf die im Finanzplan geplanten Investitionen notwendig sei. Auch wenn hohe Rücklagen zur Verfügung stünden, seien diese für die Finanzierung dieser Vorhaben eingeplant.

Ein Ratsmitglied erklärt, dass es sich um ein komplexes Thema handele. Seitens der SPD-Fraktion werde eine Sozialneiddebatte konstruiert. Grundsätzlich sei an dem Thema nichts Dramatisches, da es sich um eine notwendige Steuererhöhung im moderaten Maße handele.

Ein weiteres Ratsmitglied merkt an, dass bei dem komplexen Thema verschiedene Auffassungen vertreten werden. Eine Steuererhöhung zum jetzigen Zeitpunkt sei jedenfalls nicht sinnvoll, da die Bürger in der aktuellen Zeit entlastet werden müssten. Seitens der CDU gebe es kein einheitliches Vorgehen, da auf der einen Seite auf Kreisebene die Kreisumlage und auf der anderen Seite gleichzeitig auf kommunaler Ebene die Grundsteuer erhöht werde. Das sei kein verantwortungsvoller Umgang mit Geld.

Es wird zunächst über den Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung abgestimmt. Dieser wird mehrheitlich angenommen.

Sodann wird über den Beschlussvorschlag namentlich abgestimmt.

Beschluss:

Die anliegende Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern in der Stadt Lohne (Hebesatzsatzung) wird beschlossen.

Ja-Stimmen: Anja Thoben, Brigitte Theilen, Christian Meyer, Clemens-August Röchte, Elsbeth Schlärmann, Fabio Maier, Frank Rottinghaus, Henrike Theilen, Konrad Rohe, Norbert Hinzke, Paul Sandmann, Stefanie Kröger, Thomas Schlarmann, Tobias Hermes, Ulrich Zerhusen, Ünzile Yilmaz, Walter Sieveke, Norbert Bockstette, Dr. Henrike Voet, Christian Fischer, Franziskus Pohlmann, Julian Tillesch, Moritz Ovelgönne

Nein-Stimmen: Andreas Pund, Eckhard Knosp, Evren Demirkol, Stefan Thierbach, Peter Willenborg, Tobias Beckhelling, Manuela Deux, Torsten Mennewisch, Dr. Lutz Neubauer, Nadine Nuxoll

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 23, Nein-Stimmen: 10, Enthaltungen: 0

4.3.10. Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2024 Vorlage: 20/040/2023

Sachverhalt:

Der Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2024 mit Stand 16.11.2023 gliedert sich wie folgt:

1. Ergebnishaushalt

	Bezeichnung	Ansatz 2024
01.	Steuern und ähnliche Abgaben	51.150.000
02.	Zuwendungen und allgemeine Umlagen außer für Investitionstätigkeit	3.933.500
03.	Auflösungserträge aus Sonderposten	1.880.100
04.	Sonstige Transfererträge	
05.	Öffentl.-rechtl. Entgelte außer Beiträgen u. ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	1.002.000
06.	Privatrechtliche Entgelte	840.000
07.	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	497.000
08.	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	433.000
09.	Aktivierte Eigenleistungen	0
10.	Bestandsveränderungen	0
11.	Sonstige ordentliche Erträge	1.412.000
12.	= Summe ordentliche Erträge	61.147.600
13.	Aufwendungen für aktives Personal	10.707.200
14.	Aufwendungen für Versorgung	70.000
15.	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.060.900
16.	Abschreibungen	5.832.500
17.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	95.000
18.	Transferaufwendungen	30.647.500
19.	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.540.200
21.	= Summe ordentliche Aufwendungen	60.953.300
	ordentliches Ergebnis	194.300

2. Finanzhaushalt

Der Finanzhaushalt enthält alle Ein- und Auszahlungen eines Jahres und umfasst somit auch die Investitionen.

	Bezeichnung	Ansatz 2024
01.	Steuern und ähnliche Abgaben	51.150.000
02.	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (außer für Investitionstätigkeit)	3.933.500
03.	Sonstige Transfereinzahlungen	
04.	Öffentl.-rechtl. Entgelte außer Beiträgen u. ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	1.002.000
05.	Privatrechtliche Entgelte (außer für Investitionstätigkeit)	840.000
06.	Kostenerstattungen und Kostenumlagen außer für Investitionstätigkeit	497.000
07.	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	433.000
09.	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	1.259.000
10.	= Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	59.114.500
11.	Auszahlungen für aktives Personal	10.173.200
12.	Auszahlungen für Versorgung	70.000
13.	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände	11.060.900
14.	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	95.000
15.	Transferauszahlungen (außer für Investitionstätigkeit)	36.015.500
16.	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	2.540.200
17.	= Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	59.954.800
18.	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-840.300
19.	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	3.313.000
20.	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	304.000
21.	Veräußerung von Sachvermögen	2.850.000
23.	Sonstige Investitionstätigkeit	135.000
24.	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	6.602.000
25.	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	3.935.000
26.	Baumaßnahmen	9.720.000
27.	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	2.172.000
28.	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	50.000
29.	Aktivierbare Zuwendungen	2.514.000
30.	Sonstige Investitionstätigkeit	360.000
31.	= Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	18.751.000
32.	Saldo aus Investitionstätigkeit	-12.149.000
33.	Finanzmittel-Überschuss / - Fehlbetrag	-12.989.300
34.	Einzahlungen; Aufnahme von Krediten	3.500.000
35.	Auszahlungen; Tilgung von Krediten	-790.000
36.	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	2.710.000
37.	= Summe der Salden aus Zeile 33 und 36 (Änderung des Zahlungsmittelbestands)	-10.279.300

Der komplette Entwurf des Haushaltsplans ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Ergebnishaushalt

- Realsteuererträge (Grund- und Gewerbesteuern) werden 2024 in Höhe von zusammen 32,880 Mio. € eingeplant. Der Gewerbesteueransatz wird mit 28,200 Mio. € kalkuliert. Die Grundsteuer A und B werden mit zusammen 4,680 Mio. € eingeplant.
- Nach der Steuerschätzung vom Oktober 2023 wird für das Jahr 2024 auf Landesebene ein Gemeindeanteil an der Einkommensteuer von 4,320 Mrd. € erwartet. Hiervon erhält die Stadt Lohne 2024 nach den zu erwartenden, von 2024 – 2026 geltenden Schlüsselzahlen einen Anteil von nur noch 0,33835 %-Punkten, das sind 2,1 % weniger als bisher. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist die zweitgrößte Einnahmequelle der Stadt, und dieser zurückgehende %-Anteil führt zu einem Einnahmeverlust von ca. 290.000 € pro Jahr.
Hier drohen wie 2023 die in der gesetzgeberischen Beratung befindlichen Vorschriften bei einem Inkrafttreten ab 1.1.2024 die Steuereinnahmen noch zu vermindern. Aus diesem Grund wird der Planansatz 2024 auf 14,284 Mio. € festgesetzt, das sind 2,0 % mehr als voraussichtlich für 2023 eingenommen werden.

Die aktuelle Steuerschätzung geht für Niedersachsen für 2024 von einem Umsatzsteueranteil von 737 Mio. € aus, 4 % mehr als 2023. Hier beläuft sich der neue Anteil der Stadt Lohne für die Jahre 2024-2026 auf 0,4691945 %-Punkte (+ 1,9 %), und der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer 2024 wird in Höhe von 3,363 Mio. € eingeplant.

Aus beiden Gemeindeanteilen fließen im Folgejahr über den Finanzausgleich 90 % des Kreisumlage-Satzes (2024: 33,3 % / 2023 = 30,6 %) an den Landkreis Vechta weiter.

- Die Kreisumlage berechnet sich auf Basis der Steuereinnahmen im Zeitraum 1.10.2022 – 30.9.2023.
2022 lag die Kreisumlage noch bei 14,156 Mio. €, 2023 bei 15,805 Mio. € - auch das waren bereits jeweils Höchstbelastungen.
Bei einem gleichbleibenden Kreisumlagesatz von 34 %-Punkten würde die Stadt Lohne 2024 eine Kreisumlage von 19,585 Mio. € zahlen, also schon 3,78 Mio. € mehr als 2023 – alleine dieses Mehraufkommen entspricht für Lohne fast 7 Punkten Kreisumlage.
Ein Punkt Kreisumlage bedeutet 2024 in Lohne Ausgaben von ca. 576.000 € (2023 = 464.900 €).

Der LK Vechta plant allerdings seinen Haushalt 2024 mit einem Umlagesatz von 37 Punkten. Das bedeutet für Lohne eine Zahlung von 21,312 Mio. € Kreisumlage in 2024, also einen Ausgabenanstieg von 2023 nach 2024 um 5,508 Mio. € oder 34 %!

- Die auf die tatsächlichen Ist-Einnahmen abzuführende Gewerbesteuerumlage beträgt weiterhin 35 der 330 Punkte, bei einem Gewerbesteuer-Planansatz von 28,2 Mio. € daher 2,991 Mio. €.
- Um das bestehende Finanzkraftgefälle auf Gemeindeebene anzugleichen, erhalten Gemeinden in der Regel Schlüsselzuweisungen durch das Land (Finanzausgleich). Das Land Niedersachsen verteilte 2023 2,597 Mrd. € Schlüsselzuweisungen für Gemeindeaufgaben nach der Einwohnerzahl der Städte und Gemeinden (die für einwohnerstärkere Gemeinden höher gewichtet wird). Für kreisangehörige Gemeinden waren das laut der Landesstatistikbehörde im Durchschnitt 301 € je Einwohner. Eine nds. Gemeinde mit 27.906 Einwohnern erhält also 2023 im Schnitt ca. 8,4 Mio. € Schlüsselzuweisungen vom Land.

Steuerstarke Kommunen müssen stattdessen ab einer gewissen eigenen Steuerkraft einen Betrag von 20 % des Überschusses als Umlage in den Finanzausgleichstopf des Landes Niedersachsen abführen.

Im Finanzausgleichssystem wird außerdem unterstellt, dass alle Städte und Gemeinden einen vereinheitlichten niedersächsischen Durchschnittssatz (Nivellierungssatz) erheben. Dieser ermittelt sich mit 90 % des gewichteten Durchschnittshebesatzes der nds. Gemeinden unter 100.000 Einwohner im Vorvorjahr 2022.

Für das Haushaltsjahr 2024 betragen die für die Berechnung der Finanzausgleichsleistungen und Kreisumlage maßgebenden 90%-Nivellierungssätze bei der Grundsteuer A 356 v. H., bei der Grundsteuer B 378 v. H. und bei der Gewerbesteuer 353 v. H.

Für die Grundsteuer B heißt das konkret, dass angenommen wird, dass Löhne im zugrundeliegenden Zeitraum 1.10.2022 – 30.9.2023 nicht die tatsächlichen 3,542 Mio. € eingenommen hat, sondern fiktive 4,868 Mio. €.

Die Stadt Löhne erhält wegen ihrer hohen Steuerkraft weder 2023 noch 2024 Schlüsselzuweisungen (wie in keinem Jahr seit 1999, mit Ausnahme von 2019). Stattdessen wird für das Jahr 2024 bei 27.906 Einwohnern (Stichtag 30.06.2023) und einem in der Prognose um 0,4 % erhöhten Grundbetrag je Einwohner von 1.360,00 € die Abführung einer FAG-Umlage an das Land in Höhe von 2,868 Mio. € erwartet. Dies bedeutet ebenfalls einen neuen Höchststand und einen Anstieg um 2,149 Mio. € auf das Vierfache: 2023 musste die Stadt Löhne eine FAG-Umlage von „nur“ 719 Tsd. € abführen.

Diese oben genannten Entwicklungen (vor allem die zusätzliche Erhöhung der Kreisumlage um weitere 1,7 Millionen Euro trotz der ohnehin schon deutlich höheren Abführung) machen eine Anpassung von Steuerhebesätzen erforderlich. Nach dem Haushaltsrecht sollen Steuereinnahmen als Finanzierungsquelle der Kommune vorrangig gegenüber Kreditaufnahmen eingesetzt werden.

Die Steuerhebesätze für die Grundsteuer A und B betragen seit 1998 275 v. H. Der Gewerbesteuerhebesatz beläuft sich seit 2016 auf 330 v.H. Zum Vergleich: in den 83 nds. Gemeinden der Größenklasse von 20.000 - 50.000 Einwohnern betragen die Durchschnittshebesätze 2022 für die Grundsteuer B 421 v.H. und für die Gewerbesteuer 400 v.H.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Stadt Löhne

- im Jahr 2022 erneut weit überdurchschnittliche Gewerbesteuereinnahmen verzeichnete (pro Kopf = 1.217 €, nds. Durchschnitt aller Gemeinden = 651 € pro Kopf) und der Gewerbesteuer-Hebesatz im Jahr 2022 84 % des Durchschnittshebesatzes der nds. Gemeinden unter 100.000 Einwohner beträgt (330 von 393 Punkten)
- im Jahr 2022 erneut weit unterdurchschnittliche Einnahmen aus der Grundsteuer B verzeichnete (pro Kopf = 128 €, nds. Durchschnitt = 183 € pro Kopf) und der Grundsteuer-Hebesatz nur 65 % des Durchschnittshebesatzes der nds. Gemeinden unter 100.000 Einwohner im Jahr 2022 beträgt (275 von 420 Punkten)

wird eine Anhebung der Hebesätze für die Grundsteuer A und B auf 330 v.H. vorgeschlagen - damit würde der Grundsteuerhebesatz dem Hebesatz für die Gewerbesteuer angeglichen. Dadurch werden jährliche Mehreinnahmen von ca. 780.000 € erwartet (2023 = 3.900.000 €, 2024 = 4.680.000 €). Diese zusätzlichen Einnahmen bei gleichen Messbeträgen führen nicht zur Abführung weiterer Umlagezahlungen und verbleiben komplett im städtischen Haushalt zur Erhaltung des finanziellen Spielraums der Stadt Löhne.

Derzeit führen Mehreinnahmen von 100 € bei der Grundsteuer B für die Stadt Lohne dazu, dass die Stadt im gesamten Finanzausgleich 120 € einbüßt bzw. mehr Kreisumlagen zahlt. Dies ist eine weitere absurde Folge des Finanzausgleichssystems bzw. eines niedrig belassenen Hebesatzes. Durch die Anhebung des Hebesatzes auf 330 v.H. kann dieser extreme Negativeffekt vorläufig auf Null gebracht werden – wenn der landesweite Durchschnittssatz zukünftig weiter steigt, wird die Stadt Lohne allerdings auch hier wieder für jeden eingenommenen Euro Grundsteuer Geld zuschießen müssen.

Für die Gewerbesteuer wird wegen der derzeit extrem hohen Gewerbesteuereinnahmen eine Beibehaltung des Hebesatzes vorgeschlagen.

Der Planansatz von 28,2 Mio. € Gewerbesteuer bedeutet bereits Brutto-Einnahmen von 1.000 € je Einwohner. Das in der Beratung befindliche Wachstumschancengesetz, das bei einem Inkrafttreten ab 1.1.2024 die Gewerbesteuereinnahmen voraussichtlich noch erheblich mindern wird, und die schwierigen Konjunkturaussichten dämpfen höhere Einnahmehoffnungen. Für alle deutschen Kommunen zusammen sind Steuer-rückgänge von ca. 3 Mrd. € in der Diskussion, wodurch sie eine überdurchschnittlich hohe Last tragen müssen.

In „technischer“ Hinsicht wird parallel in einer eigenen Sitzungsvorlage vorgeschlagen, die Realsteuerhebesätze nicht mehr durch die jährliche Haushaltssatzung festzusetzen, sondern hierfür eine eigene Hebesatzsatzung zu verabschieden. Dadurch werden die Hebesätze in der Haushaltssatzung nur noch nachrichtlich dargestellt.

- Wegen der Sondersituation einer extrem erhöhten Steuerkraft 2022/23 mit der Folge steigender Kreisumlagezahlungen und FAG-Zahlungen 2024 werden im Jahresabschluss 2023 Rückstellungen
 - in Höhe von 3,780 Mio. € für die Kreisumlage 2024 (Mehraufwendungen bei fiktiv gleichbleibendem Umlagesatz)
 - und von 2,868 Mio. € für die FAG-Umlage 2024

zu bilden sein, die dann im Jahresabschluss 2024 aufzulösen sein werden. *Die zusätzlich das Ergebnis 2024 belastende Erhöhung um drei Kreisumlagepunkte = 1,728 Mio. € erlaubt dagegen keine Rückstellung im Jahresabschluss 2023.*

Gleichzeitig wird in der mittelfristigen Finanzplanung wiederum von einer abzuführenden FAG-Umlagezahlung von 1,280 Mio. € im Jahr 2025 ausgegangen, deren künftige Rückstellung nach den geltenden Vorschriften im Jahresabschluss 2024 das Ergebnis belasten wird.

Insgesamt ergibt sich eine Entlastung des geplanten Jahresergebnisses um $3,780 + 2,868 - 1,728 = 4,920$ Mio. €.

Entsprechende Auflösungserträge (und Rückstellungs-Einstellungen) sind als außergewöhnliche, aber unweigerlich in den Jahresabschlüssen anfallende Beträge in diesem Jahr ausnahmsweise bereits in die Haushaltsplanung einbezogen worden. Ohne diese Darstellung würde sich ein Fehlbetrag im Ergebnishaushalt 2024 von ca. 4,726 Mio. € ergeben, der aber so im Jahresabschluss 2024 nicht eintreten wird.

Für den kassenwirksamen Finanzhaushalt 2024 bedeuten diese Gestaltungen keine Veränderung.

- Der Personalkostenansatz (Aufwand) für aktives Personal beträgt für das Jahr 2024 einschließlich der Zuführungsbeträge zu den Rückstellungen 10,7 Mio. € und erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr um ca. 9,6 %. Der ab dem 1.3.2024 geltende Tarifabschluss im öffentlichen Dienst der Kommunen beinhaltet u.a. eine Gehaltserhöhung um

mindestens 340 € monatlich je Vollzeitstelle. Zahlungswirksam im Finanzhaushalt (ohne Rückstellungen) sind für aktives Personal 10,173 Mio. € eingeplant.

- Während bei den Kosten für die Erdgasversorgung ein Rückgang gegenüber der Vorjahresspitze eingeplant werden konnte, führt die Neuausschreibung der Stromversorgung ungefähr zu einer Verdoppelung der Kosten gegenüber dem bis zum 31.12.2023 geltenden Liefervertrag.
- Der Entwurf des Ergebnishaushalts des Jahres 2024 schließt im ordentlichen Ergebnis mit einem Überschuss von 194.300 €. Damit ist der Haushaltsplan 2024 ausgeglichen.

Finanzhaushalt

- Die laufenden Einzahlungen und Auszahlungen des Finanzhaushaltes sind in der Planung mit dem Ergebnishaushalt überwiegend identisch. Unterschiede zwischen Finanzhaushalt und Ergebnishaushalt ergeben sich vor allem daraus, dass sich Investitionen (Baumaßnahmen / vermögenswirksame Anschaffungen) im Finanzhaushalt niederschlagen, während in den Ergebnishaushalt die sich hieraus ergebenden Abschreibungen einfließen. In diesem Jahr unterscheiden sich Ergebnis- und Finanzhaushalt auch wegen der o.g. vorzeitigen Einplanung der nicht zahlungswirksamen Auflösung zu bildender Rückstellungen.
- Im laufenden Finanzhaushalt 2024 wird ein Zahlungsmitteldefizit von 840.300 € eingeplant. Erstmals steht kein Überschuss aus der laufenden Verwaltungstätigkeit zur Verfügung, sondern es muss sogar ein Defizit als Belastung mit abgedeckt werden, was dank der Einnahmen des Jahres 2023 möglich erscheint.
- Die Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen für Grunderwerb, Baumaßnahmen, Erwerb von beweglichen Vermögensgegenständen betragen 2024 planmäßig 18,751 Mio. €, davon für Baumaßnahmen 9,720 Mio. €. Dies bedeutet ein weiterhin stark überdurchschnittliches Niveau.
- Den Auszahlungen für Investitionen stehen erwartete Einzahlungen in Höhe von rd. 6,602 Mio. € gegenüber (Zuwendungen, Beiträge, Veräußerungserlöse).

→ Daraus ergibt sich ein investiver Finanzmittelfehlbetrag in Höhe von 12,149 Mio. €.

Unter Einbeziehung der fortgeltenden und bisher nicht genutzten Kreditermächtigung aus dem Haushaltsjahr 2023 (6,1 Mio. €) sowie durch Reserven des vorhandenen Zahlungsmittelbestands, die aus Einsparungen und Mehreinnahmen des Jahres 2023 entstehen, kann die neue Kreditermächtigung auf 3.500.000 € begrenzt werden. Dabei ist gleichzeitig eine planmäßige Tilgung bestehender Kredite von 790.000 € eingeplant, so dass sich die Nettoneuverschuldung auf 2.710.000 € beläuft.

Die investiven Schulden bei Banken der Stadt Lohne beliefen sich zum 31.12.2022 auf 140 €. Die investiven Schulden bei Banken beliefen sich im Durchschnitt der nds. Gemeinden von 20-50.000 Einwohner zum gleichen Stichtag auf ca. 969 €.

- Unter diesen Voraussetzungen sind die nach § 110 Abs. 4 NKomVG geforderte Liquidität der Kommune sowie die Finanzierung der eingeplanten Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen noch sichergestellt.

Stellenplan:

Nach § 5 KomHKVO weist der Stellenplan die erforderlichen Stellen der Beamten und der weiteren nicht nur vorübergehend Beschäftigten aus. Gemäß der gesetzlichen Vorgabe enthält der Stellenplanentwurf für das Haushaltsjahr 2024 nur die erforderlichen Planstellen.

Der Personalbestand der Stadtverwaltung einschließlich Hausmeister, Bauhof, Schulsekretärinnen und Waldbadpersonal ist nach wie vor im Vergleich zu anderen Kommunen der Lohnner Gemeindegrößenklasse gering. Bezogen auf Ganztagsbeschäftigte (Vollzeitäquivalente) waren zum 01.10.2022 10,35 Beamte, 75,00 Tarifbeschäftigte und 38,53 handwerklich tätige Tarifbeschäftigte (Vollzeitäquivalente) für die Stadt Lohne tätig.

Im Jahr 2022 betrug der Personalaufwand (Ergebnishaushalt) für aktives Personal 8,327 Mio. €. Hinzu kommen noch vorzunehmende Abschlussbuchungen für Pensions- und Beihilferückstellungen sowie Rückstellungen für Urlaub, Überstunden und Altersteilzeit.

Zahlungswirksam (Finanzhaushalt) waren im Personalbereich für aktives Personal 2022 8,338 Mio. €, woraus sich bei einer Einwohnerzahl von 27.753 (Stand 30.06.2022) Personalauszahlungen in Höhe von 300,44 € ergaben (2021: 301,52 € je Einwohner).

Ein interkommunaler Vergleich ist wegen der sehr unterschiedlich ausfallenden Aufgabenbereiche der Kernverwaltung sowie von Ausgliederungen bei anderen Kommunen zwar mit Vorsicht zu genießen, aber: im Jahr 2022 betrug die gemeindlichen Personalauszahlungen bei nds. Gemeinden zwischen 20.000 und 50.000 Einwohnern im Durchschnitt 593 € je Einwohner.

Der Stellenplanentwurf 2024 ist in der Planstellenausweisung insgesamt konstant. Weiterhin werden drei Auszubildendenstellen für den Beruf des / der Verwaltungsfachangestellten ausgewiesen, um sowohl dem Fachkräftemangel als auch den künftigen verstärkten Personalabgängen entgegenzuwirken.

Beratungsverlauf:

Verwaltungsseitig werden der Sachverhalt und die Ergebnisse der Vorberatung vorgestellt. Im Ergebnis wird festgestellt, dass der Haushalt ausgeglichen sei.

Ein Vertreter der UBG-Fraktion teilt mit, dass es im vergangenen Jahr geopolitische und wirtschaftliche Unsicherheiten gegeben habe und sich die Bürgerinnen und Bürger mit einer sehr hohen Inflation auseinandersetzen mussten. Auf der anderen Seite habe es in Lohne einen Höchststand an Gewerbesteuererinnahmen gegeben. Es sei fraglich, ob die Wirtschaft weiterhin den steigenden Anforderungen in Punkten Nachhaltigkeit und Ökologie gerecht werden könnte. Daher sei es umso wichtiger, sorgsam mit den Steuergeldern umzugehen und die kommenden Investitionen und Förderungen genau zu überdenken. Auf gewisse Umstände habe man in Lohne jedoch keine oder nur geringe Möglichkeiten der Einflussnahme. Im Hinblick auf die Erhöhung der Kreisumlage und das geplante Zentralklinikum könne man daher nur an die Kreistagsmitglieder appellieren, ihre künftigen Entscheidungen mit Bedacht zu treffen. Die UBG-Fraktion werde die Sachverhalte kritisch begleiten. Insbesondere sei auch die Erhöhung der Grundsteuer durch das Steuersystem alternativlos gewesen. Zu einer verantwortungsvollen Politik gehöre daher auch, die Vor- und Nachteile miteinander abzuwägen. In den kommenden Jahren seien zahlreiche Investitionen zu tätigen, beispielsweise beim Thema Fortbewegung mit dem Fahrrad und nachhaltige Mobilitätskonzepte. Hierzu habe bereits die von der UBG-Fraktion initiierte Beleuchtung des Radwegs auf der alten Bahntrasse beigetragen. Mit dem Erwerb zahlreicher Flächen werde der Grundstein für junge Menschen und deren Familien zur Errichtung eines Eigenheimes gelegt. Auch mit der Verlängerung und Anpassung der Richtlinie zur Förderung des Erwerbs von Altbauimmobilien rüste sich die Stadt Lohne für die Zukunft als junge und moderne Stadt. Des Weiteren

sei der Neubau eines Hallenbades insbesondere für den Schulsport unerlässlich. Die UBG-Fraktion werde sich dafür einsetzen, dieses Bad mit einem überschaubaren finanziellen Aufwand möglichst familienfreundlich und attraktiv zu gestalten. Im Bereich der Schulen seien bereits viele Investitionen getätigt worden und auch in den nächsten Jahren stünden noch viele Maßnahmen an, um die schulische Infrastruktur voranzubringen. Insbesondere sei der Bereich der Digitalisierung in den Schulen ein wichtiges Thema. Im Hinblick auf die Anschaffung von Prowise-Boards an den Grundschulen sei es daher zu begrüßen, dass es bereits Signale gebe, in den kommenden Jahren alle Klassen vollumfänglich auszustatten. Ein großer Dank gehe an die örtlichen Betriebe und deren Arbeitnehmer, die trotz der Unwägbarkeiten einen maßgeblichen Anteil an der verhältnismäßig guten finanziellen Situation der Stadt haben. Darüber hinaus gehe ein großer Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung für die geleistete Arbeit. Im Großen und Ganzen trage die UBG-Fraktion den Haushalt mit und werde diesem auch aufgrund der zahlreichen Investitionen zustimmen.

Ein Vertreter der Gruppe SPD – Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass die Gruppe den Haushalt ablehne und verweist auf den Wortbeitrag im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Wirtschaftsförderung. Eine Erhöhung der Grundsteuer werde seitens der Gruppe SPD – Bündnis 90/Die Grünen nicht mitgetragen. Auch könne man im Hinblick auf die vier nicht geprüften Jahresabschlüsse 2019 – 2022 dem Haushalt nicht zustimmen. Darüber hinaus sei durch die hohen Abweichungen bei den Haushaltsprognosen zu den tatsächlichen Jahresergebnissen das Vertrauen und die Aussagekraft in die Lohner Haushalte verloren gegangen.

Eine Vertreterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt heraus, dass der Haushalt mehr als nur eine Rechenaufgabe sei, bei der am Ende ein möglichst gutes Ergebnis rauskommen solle. Der Haushalt solle steuern und für Löhne in allen Bereichen die besten Entwicklungen ermöglichen und Fehlentwicklungen korrigieren. Diesem Anspruch werde der vorliegende Haushalt nicht gerecht. Die Verantwortung und der Respekt gegenüber der Umwelt und den künftigen Generationen werde vermisst. Dennoch gebe es viele Maßnahmen und Ansätze im Haushalt, denen zugestimmt werden könne, z. B. der Umbau der Kindertagesstätten und Schulen, das neue Hallenbad und die Förderung von Kultur und Sport. Es müsse jedoch die Gleichbehandlung von Zuschussanträgen von Sportvereinen und sozialen Einrichtungen im Blick behalten werden. Die Vergabe von Zuschüssen müsse daher transparent erfolgen und anhand von festgelegten Kriterien klar definiert sein. Bei den Themen des Klimaschutzes, der Reduzierung des Flächenverbrauchs oder der naturnahen Innenstadt hätte sich die Fraktion mehr Steuerung gewünscht. Es müsse daher mehr in die Umwelt investiert werden, um die Stadt widerstandsfähiger gegenüber den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu machen. Es sei an der Zeit, die Prioritäten anders zu setzen und den Wert von Grünflächen nicht zu unterschätzen. Insgesamt sei es von entscheidender Bedeutung, mehr in die städtischen Grünflächen zu investieren, um die negativen Auswirkungen des Klimawandels zu mildern. Da der Haushalt dies nicht ausdrücke, werde dem Haushalt nicht zugestimmt. Ein großer Dank gehe an die Ratsmitglieder, die Verwaltung sowie an die Lohner Betriebe mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Seitens eines Vertreters der Fraktion BI ProWald wird erläutert, dass bereits viele Punkte bezüglich des Haushalts genannt worden seien, die für die Fraktion von großer Bedeutung seien. Der Haushalt sei jedoch nicht nur ein Zahlenwerk, sondern Ausdruck dessen, was in der Kommune passiere. Auf lange Sicht könne es mit den zahlreichen Investitionen und Baumaßnahmen nicht mehr funktionieren und man könne nicht so weitermachen wie bisher. Insbesondere sei hinsichtlich des Klima- und Naturschutzes ein fundamentales Umdenken erforderlich. Beispielsweise seien die hohen Kosten für den Umbau der Gertrudenschule zu nennen. Es könne zwar keine Antwort auf diese Herausforderungen darauf gegeben werden, allerdings könne die Fraktion BI ProWald Schwerpunkte setzen. Im Hinblick auf die Klimafolgenanpassung bedeute dies, dass in Löhne die Grünflächen ausgebaut werden müssten und keine Wälder mehr abgeholzt werden dürften. Da auch der Haushalt keine Antworten darauf

gebe, was in der Stadt passieren müsse, könne man dem Haushalt nicht zustimmen. Aufgabe der Fraktion sei es, auf die Notwendigkeit eines fundamentalen Umdenkens hinzuweisen.

Ein Vertreter der CDU-Fraktion fasst die Eckdaten des Haushalts zusammen und stellt heraus, dass es sich um ein eindrucksvolles Zahlenwerk handle. Es liege ein imposantes Investitionspaket für Grunderwerb, Baumaßnahmen und bewegliches Vermögen auf einem überdurchschnittlichen Niveau vor. Trotz einiger Unwägbarkeiten handle es sich um gut investiertes Geld in die Zukunft für unsere Kinder, Jugendlichen und Familien. Der städtische Ausgabeposten für investive Maßnahmen bewege sich damit weiterhin auf stark überdurchschnittlichem Niveau. Dafür seien auch die entsprechenden Rücklagen und Reserven notwendig. Insgesamt stelle das vorliegende Zahlenwerk einen soliden Haushalt dar, der mit seinen konservativen Schätzungen bislang gut gegen die Herausforderungen der vergangenen Jahre geholfen habe. Seitens der CDU-Fraktion blicke man zuversichtlich und motiviert auf das nächste Jahr. Ein großer Dank gelte den Lohner Unternehmen und Betrieben sowie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die zu der guten Kassenlage der Stadt Lohne maßgeblich beigetragen haben und die die Transformation und somit die Herausforderungen der Zukunft engagiert angehen. Daher werde um solidarische Zustimmung zum vorliegenden Haushaltsplanentwurf gebeten.

Ein Vertreter der SPD-Fraktion schließt sich den bisher geäußerten Dankeswünschen an. Bei dem Haushaltsplan handle es sich um ein umfangreiches Papier. Durch den Umfang sei es für die ehrenamtlichen Ratsmitglieder schwer, den Haushalt in der zur Verfügung stehenden Zeit bis zur Beschlussfassung vollständig durchzuarbeiten. Es sei daher wünschenswert, wenn den Ratsmitgliedern der Haushalt früher zur Verfügung gestellt werden könnte. Der Investitionsplan werde zwar als positiv angesehen, es sei jedoch an der Zeit, zunächst die in den Vorjahren beschlossenen Maßnahmen umzusetzen und einen besonderen Blick auf die Ausgaben zu richten. Eine isolierte Betrachtung der Einnahmen sei nicht zielführend. In dem Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes werde herausgestellt, dass eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung notwendig sei. Dies betreffe auch den Erwerb von Vermögensgegenständen, wenn diese zur Erfüllung kommunaler Aufgaben notwendigen seien. Weiterhin werde in dem Bericht als verbindlicher Auftrag an die Verwaltung formuliert, Wirtschaftlichkeitsvergleiche und Folgekostenberechnungen vollumfänglich den zuständigen Gremien vor der Entscheidung vorzulegen. Diese seien haushaltsrelevant. Darüber hinaus seien für die geplanten Maßnahmen eine solide Grundlagenermittlung und umfassende Controlling-Maßnahmen erforderlich. Die SPD-Fraktion habe sich sowohl für ein Straßensanierungskataser als auch ein Baukostencontrolling ausgesprochen. Beides sei durch die CDU-Fraktion abgelehnt worden. Aus der Vergangenheit gebe es diesbezüglich keine Lerneffekte. Beispielsweise könnten durch den Verkauf der Immobilie Rießelmann die benötigten Grundsteuereinnahmen kompensiert werden. Diesbezüglich sei auch der von der UBG-Fraktion vorgeschlagene Kauf des Adolf-Kolping-Hauses nicht sinnvoll, da hier umfangreiche Sanierungsmaßnahmen notwendig seien.

Ein Ratsmitglied merkt an, dass die CDU-Fraktion seit Jahren die Verantwortung für den Haushalt trage und auch vorliegend die Verantwortung übernehme. Daher werde der Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung gestellt.

Bürgermeisterin Dr. Voet führt aus, dass hinter dem vorliegenden Haushalt ein großer Aufwand sowie viel Arbeit stecke und man sich der Verantwortung über den Haushalt bewusst sei. Grundsätzlich könne man zusammenfassen, dass durch die Erhöhung der Kreisumlage und die Finanzausgleichsumlage eine erhebliche Mehrbelastung im nächsten Jahr auf die Stadt Lohne zukomme. Im Hinblick auf die zunehmenden Aufgaben, die auf die kommunale Ebene übertragen werden und den Lücken beim Konnexitätsprinzip, würden auf die Kommunen immer mehr Herausforderungen zukommen. Im Haushaltsplan für 2024 sei der höchste Gewerbesteueransatz jemals gewählt worden und durch die aktuelle Situation werde man sich voraussichtlich am Ende des Jahres nahe bei diesem Ansatz befinden, ohne

hohen Überschuss. Bezüglich der Abweichungen bei den Planansätzen und den Jahresergebnissen müsse man zwischen den Gemeinden und dem Landkreis unterscheiden. Bei den Städten und Gemeinden hänge das Jahresergebnis maßgeblich von den tatsächlichen Steuereinnahmen in dem jeweiligen Jahr ab. Demgegenüber stelle der Landkreis seinen Haushalt anhand der bereits festgesetzten Kreisumlage auf. Durch diese unterschiedlichen Sicherheiten ergebe sich eine andere Ausgangssituation für die Planung der Ansätze. Ein großer Dank gelte den Ratsmitgliedern für die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Verwaltung. Es werde aber auch an einen ordentlichen und respektvollen Umgang miteinander appelliert, um die Stadt Lohne im nächsten Jahr weiterhin voranzutreiben. Ein weiterer Dank gelte den hiesigen Unternehmen sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung.

Ein Ratsmitglied kritisiert die Äußerungen der SPD-Fraktion in der letzten Ratssitzung bezüglich eines möglichen Mitwirkungsverbots der Bürgermeisterin bei Angelegenheiten der Musikschule. Sowohl die Kommunalaufsicht als auch zwei unabhängige Gutachten seien zu dem Ergebnis gekommen, dass die Bürgermeisterin bei der Beratung und Beschlussfassung über Angelegenheiten der Musikschule keinem Mitwirkungsverbot unterliege.

Ein Vertreter der SPD-Fraktion verweist auf ein laufendes Verfahren und erklärt, dass man sich daher diesbezüglich nicht äußern werde.

Es wird zunächst über den Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung abgestimmt. Dieser wird mehrheitlich angenommen.

Sodann wird über den Beschlussvorschlag namentlich abgestimmt.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan sowie das Investitionsprogramm für das Haushaltsjahr 2024 werden beschlossen.

Ja-Stimmen: Anja Thoben, Brigitte Theilen, Christian Meyer, Clemens-August Röchte, Elsbeth Schlärmann, Fabio Maier, Frank Rottinghaus, Henrike Theilen, Konrad Rohe, Norbert Hinzke, Paul Sandmann, Stefanie Kröger, Thomas Schlarmann, Tobias Hermes, Ulrich Zerhusen, Ünzile Yilmaz, Walter Sieveke, Norbert Bockstette, Dr. Henrike Voet, Christian Fischer, Franziskus Pohlmann, Julian Tillesch, Moritz Ovelgönne

Nein-Stimmen: Andreas Pund, Eckhard Knospe, Evren Demirkol, Stefan Thierbach, Peter Willenborg, Tobias Beckhelling, Manuela Deux, Torsten Mennewisch, Dr. Lutz Neubauer, Nadine Nuxoll

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 23, Nein-Stimmen: 10, Enthaltungen: 0

4.4. Empfehlungen des Ausschusses für Schule, Digitalisierung, Kultur und Sport

4.4.1. Einrichtung einer Wissenswerkstatt im Landkreis Vechta Vorlage: AV/001/2023

Sachverhalt:

Viele Lohner Kinder besuchen in ihrer Grundschulzeit das MINT-Zentrum „wissenswerkstatt Metropolregion Nordwest“ in Diepholz. Ziel ist es, bei jungen Menschen während ihres Schul- und Ausbildungsweges Interesse für Mathematik, Wissenschaften und Umwelt zu wecken, sie hierfür zu begeistern und dadurch einen Beitrag zu leisten, langfristige berufliche und persönliche Perspektiven zu entwickeln.

Allerdings wird es immer schwieriger, einen Termin in der „wissenswerkstatt“ zu bekommen. Ein zweiter Standort soll daher zukünftig im Landkreis Vechta entstehen. Es ist angedacht, dafür Räumlichkeiten in der Geschwister-Scholl-Oberschule zu nutzen. Dieser Standort liegt in der Nähe der Universität Vechta. Studierende können als ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Standorts tätig sein, ggf. können auch Synergien zu den MINT-Förderungen der Uni Vechta generiert werden.

Die Lohner Grundschulen begrüßen die Einrichtung eines weiteren Standortes der „wissenswerkstatt“.

Mit inflationsbedingten jährlichen Kostensteigerungen sind für die nächsten 10 Jahre durchschnittlich 330.000,- € p. a. für die „wissenswerkstatt“ zu finanzieren. Diese Kosten sollen zu jeweils 1/3 vom Landkreis, den kreisangehörigen Kommunen und Unternehmen aus dem Landkreis aufgebracht werden. Eine potenzielle Förderung durch weitere Einrichtungen oder Institutionen mindert den Finanzierungsanteil aller Gruppen. Der Anteil der einzelnen Kommunen berechnet sich nach der Anzahl der Schülerinnen und Schüler. Auf die Stadt Lohne entfallen somit maximal Kosten von 20.000 Euro p.a.

In der Sitzung wird die Leiterin der „wissenswerkstatt Metropolregion Nordwest“, Frau Dr. Heike Pabst, den zukünftigen außerschulischen Lernstandort vorstellen.

Beratungsverlauf:

Nach Vorstellung des Sachverhalts und der Ergebnisse der Vorberatung durch den Ausschussvorsitzenden Willenborg wird auf Nachfrage eines Ratsmitglieds verwaltungsseitig erläutert, dass über die Einrichtung am 14.12.2023 im Kreistag beschlossen werde. Bei einer Kostendrittelerung würden anhand der Schülerzahlen für die Stadt Lohne ca. 20.000 € anfallen. Der Landkreis plane den Beitritt in den Verein.

Ein Ratsmitglied weist darauf hin, dass der bestehende Verein für den Standort Vechta einen separaten Förderverein gründen werde, welcher wiederum in den bestehenden Verein ein-trete.

Beschluss:

Die Einrichtung eines Standortes der „wissenswerkstatt“ im Landkreis Vechta wird – vorbehaltlich eines entsprechenden Beschlusses des Kreistages zur Einrichtung – entsprechend der Anzahl der Schülerinnen und Schüler mit maximal 20.000 Euro p. a. unterstützt.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 33, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen: 0

5. Anträge, Anfragen und Anregungen

5.1. Antrag der Fraktion BI ProWald gemäß § 56 NKomVG: Teilnahme an der Auslobung des Bundespreises Stadtgrün 2024 Vorlage: 6/015/2023

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 24.11.2023 beantragt die Fraktion BI ProWald, an der Auslobung des Bundespreises Stadtgrün 2024 des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen teilzunehmen. Städte und Gemeinden in Deutschland können sich mit ihren Projekten bis zum 31. Januar 2024 bewerben.

Der Antrag ist als Anlage beigefügt.

In der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Wirtschaftsförderung am 28.11.2023 wurde der Antrag zunächst als Dringlichkeitsantrag eingebracht. Die Dringlichkeit wurde seitens des Ausschusses nicht anerkannt, da für die Entscheidung über die Teilnahme grundsätzlich kein Ratsbeschluss erforderlich ist.

In Abstimmung mit dem Antragsteller soll der Antrag daher fortan als einfacher Sachantrag behandelt werden.

Beratungsverlauf:

Seitens der Fraktion BI ProWald wird der Antrag vorgestellt.

Verwaltungsseitig wird herausgestellt, dass es für die Teilnahme an dem Wettbewerb keines Ratsbeschlusses bedürfe. Sofern seitens der Fraktion BI ProWald entsprechende Vorschläge eingereicht werden würden, würden diese verwaltungsseitig anhand der Teilnahmebedingungen geprüft werden. Falls ein Vorschlag in Frage kommen würde, könne verwaltungsseitig eine entsprechende Bewerbung innerhalb der Bewerbungsfrist eingereicht werden.

Die Fraktion BI ProWald stimmt der vorgenannten Regelung zu und zieht daher den Antrag zurück.

6. Einwohnerfragestunde

Auf die Frage einer Einwohnerin an die SPD-Fraktion zur Notwendigkeit einer Baumschutzsatzung teilt ein Vertreter der SPD-Fraktion mit, dass eine Baumschutzsatzung nicht im Widerspruch zu den Planungen im Rahmen des Bebauungsplans Nr. 102 stehe. Im vorliegenden Fall sei die Überplanung des Gehölzstreifens intensiv diskutiert worden. Grundsätzlich sei es eine Frage der Abwägung gewesen, bei der auch Kompromisse eingegangen werden müssten. Auch im Rahmen einer Baumschutzsatzung könne es keine Pauschalisierung geben, sondern es seien erst bestimmte Bäume zu erfassen.

Auf eine Nachfrage der Einwohnerin zur Kompensation der Flächen wird verwaltungsseitig ausgeführt, dass eine pauschale Aussage über die Zeit bis zur Kompensation nicht getroffen werden könne. Diese hänge stets von der einzelnen Ausgleichsmaßnahme und den äußeren Umständen ab. Im vorliegenden Fall würde jedoch ein umfassendes Monitoring die vollständige Kompensation sicherstellen.

Auf die Frage eines anderen Einwohners zum Bebauungsplan Nr. 102 wird verwaltungsseitig ausgeführt, dass der Beschluss hierüber bereits 2019 gefasst worden sei und es sich vorliegend lediglich um eine Formalie handele.

Dr. Henrike Voet
Bürgermeisterin

Norbert Bockstette
Vorsitzender

Jannis Niehaus
Protokollführer